

# Dialog Global

SERVICESTELLE  
KOMMUNEN IN DER EINEN-WELT

## Globales Handeln lokal verankern

Befragung 2002  
der Kommunen und  
Nichtregierungsorganisationen  
zum Stand der lokalen Agenda 21  
und der Eine-Welt-Arbeit in  
Deutschland

## Impressum:

Herausgeber:  
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH.  
Tulpenfeld 6, D-53113 Bonn  
Fon ++49/228/2434-630, Fax++49/228/2434-635,  
[info@service-eine-welt.de](mailto:info@service-eine-welt.de), [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de)  
V.i.s.d.P.: Ulrich Nitschke

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 3  
Projektleitung: Michael Marwede

Auswertung: Emanuelle Marx, Bonn  
Redaktion: Anne Dähling, Michael Marwede, Ulrich Nitschke

Titelgestaltung: CP/Compartner, Essen  
Druck: Deller: >Druck, Langenfeld  
100% Recyclingpapier

ISSN 1610-9163

Bonn, Januar 2003

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers.

Dialog Global  
Heft 3

*Globales Handeln lokal verankern*

## Gliederung

Vorwort .....	5
1. ... Einleitung .....	7
2. ... Ergebnisse der Umfrage 2002 .....	8
2.1    Aufbau des Fragebogens .....	8
2.2    Rücklauf und Antwortverhalten .....	10
2.3    Lokale Agenda 21 und Eine-Welt-Arbeit auf lokaler Ebene .....	13
2.4    Handlungs- und Aktionsformen .....	16
2.5    Hemmnisse in der Eine-Welt-Arbeit .....	20
2.6    Erweiterung der bestehenden Projekte .....	22
2.7    Vernetzung in der Eine-Welt-Arbeit .....	25
2.8    Rückkopplung zwischen Verwaltung und Bürgern .....	28
2.9    Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren .....	30
2.10   Zur personellen Situation .....	32
2.11   Zur finanziellen Situation .....	37
3.    Zusammenfassung .....	40
Publikationen .....	43

## Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten ein wichtiges Stück gemeinsamer Arbeit in den Händen:

Auf der einen Seite wirkten erstmals zusammen die deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., die Servicestelle und auf der anderen Seite Sie als diejenigen, die uns geantwortet haben.

Hierfür gilt Ihnen unser besonderer Dank.

Mit der ersten Umfrage der Servicestelle wurden wichtige Erwartungen mehr als erfüllt. Die Rücklaufquote von gut 23 % hat uns sehr erfreut. Erstmals können wir ein bundesweites Bild der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit vor Ort zeichnen. Die Arbeit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wurde damit in Deutschland bekannter und kann mit den Ergebnissen die weitere Arbeit für Sie optimieren. Unsere Seminare und Qualifizierungsangebote können nun zielgruppen- und ergebnisorientierter auf Sie vor Ort in den Kommunen abgestimmt werden und Ihnen bei der aktiven Gestaltung einer zukunftsfähigeren Entwicklung helfen.

Wir wünschen uns weiterhin Ihre Lebendigkeit und kritische Rückmeldung.

Eine anregende Lektüre erhoffen:

*Walter Leitermann*

Deutsche Sektion des Rates  
der Gemeinden und Regio-  
nen Europas (RGRE)

*Eberhard Neugebohrn*

Verband Entwicklungspolitik  
deutscher Nichtregierungs-  
organisationen (VENRO) e.V.

*Ulrich Nitschke*

Servicestelle Kommunen in  
der Einen Welt / InWEnt  
gGmbH

## 1. Einleitung

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat zwischen Juli und August 2002 ihre erste Befragung zum Thema Eine Welt und Agenda 21 mit dem Titel "Globales Handeln lokal verankern" durchgeführt.

Neben der Servicestelle waren weitere Einrichtungen an der Umfrage beteiligt. Dazu gehören kommunale Spitzenverbände, wie der Deutsche Städtetag, die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) e.V. RGRE und VENRO bilden gemeinsam mit der Leitung der Servicestelle die wichtige Programmkommission<sup>1</sup>. Durch die Zusammenarbeit wurden erstmals beide Akteursgruppen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit bundesweit befragt.

Als wichtigstes Ziel der Befragung im Jahre zehn nach der Konferenz von Rio de Janeiro galt es eine bundesweite Bestandsaufnahme zum Thema Eine-Welt-Arbeit zu erstellen. Dabei standen die Erfassung ihrer Strukturen und Potenziale im Vordergrund. Durch die Umfrage sollte nicht nur reines Zahlenmaterial erhoben werden, sondern vielmehr eine tiefer gehende qualitative Analyse entstehen. Die erhobenen Daten wurden mit einem Programmsystem zur statistischen Datenanalyse ausgewertet. Auf diese Weise war es möglich, auch komplexere Zusammenhänge aus den Daten zu erkennen und darzustellen.

Auszug aus dem Anschreiben zum Fragebogen:

### Globales Handeln lokal verankern: Umfrage 2002

Sehr geehrte Damen und Herren,

die neue Servicestelle Kommunen in der Einen Welt führt ihre erste Befragung zum Thema Eine Welt und Agenda 21 durch. Wer wir sind, erfahren Sie im beigefügten Faltblatt oder über [www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de).

Wir bitten Sie um Ihre Mithilfe!

Ziel der kurzen Befragung ist es zu ermitteln, wie bundesweit die Strukturen und Potenziale der Eine-Welt-Arbeit vor Ort – mit oder ohne Agenda 21 – aussehen.

Die Befragung ist mit den kommunalen Spitzenverbänden (wie Deutscher Städtetag), der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungsorganisationen (VENRO) abgestimmt und wird von diesen mitgetragen. Durch diese Befragung werden erstmals zwei zentrale Ebenen kommunaler Eine-Welt-Arbeit bundesweit angesprochen.

Der Fragebogen ist überwiegend durch ankreuzen zutreffender Antworten auszufüllen. Sollten Sie Verständnisfragen haben, so wenden Sie sich bitte an mich. Zur Rücksendung des Fragebogens nutzen Sie bitte den beigefügten und frankierten Freumschlag.

Wenn Sie es wünschen, erhalten Sie auch eine lesenswerte Schrift kostenlos als Dankeschön.

Ihre Antwort sollte hier möglichst bis zum **1. August 2002** vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Marwede  
Team Servicestelle

Um ein möglichst umfassendes Bild der Eine-Welt-Arbeit im Bundesgebiet zeichnen zu können, war es notwendig, über den Tellerrand der Lokalen Agenda 21 hinauszublicken. Der Fokus richtete sich daher nicht nur auf derzeit aktive Agenda-Kommunen. So wurden auch andere Kommunen und Nichtregierungsorganisationen in die Umfrage einbezogen.

<sup>1</sup> Die Konzeption der Servicestelle finden Sie auf unserer Homepage ([www.service-eine-welt.de](http://www.service-eine-welt.de)).

## 2. Ergebnisse aus der Umfrage 2002

### 2.1 Aufbau des Fragebogens

Bei der Konzipierung der Umfrage galt es, einen möglichst umfangreichen Fragebogen (siehe Kasten auf dieser und der nächsten Seite) zu entwickeln. In Zusammenarbeit mit dem RGRE und dem VENRO sind alle Fragen abgestimmt worden. Die Auswahl der Fragen wurde so getroffen, dass vielfältige und umfassende Informationen zu verschiedenen Bereichen gesammelt werden konnten.

Andererseits sollte die Beantwortung der Fragen nicht zu viel Zeit in Anspruch nehmen. So entstand schließlich ein dreiseitiger Fragebogen, der überwiegend durch ankreuzen der zutreffenden Antworten auszufüllen war. Bei Bedarf hatten die Befragten auch die Möglichkeit, weitere Erläuterungen in dafür vorgesehenen Textzeilen einzutragen oder die angegebenen Antwortmöglichkeiten zu erweitern.

Der Gliederung des Fragebogens folgt in dieser Publikation auch die Datenanalyse und Darstellung der Ergebnisse.

Neben den notwendigen allgemeinen Informationen (Abschnitt I.), die in der Umfrage abgerufen wurden, gliedert sich der Fragebogen in drei weitere Teilbereiche.

In dem Abschnitt I. zu den allgemeinen Informationen werden Angaben über die Form der Gebietskörperschaft und Einwohnerzahlen erfragt. Damit Kommunen von Nicht-regierungsorganisationen bei der Analyse unterschieden werden können, ist auch nach der Art der Einrichtung bzw. der Organisation gefragt worden. Ansprechpartner und Anschrift geben Aufschluss über die Verhältnismäßigkeit von weiblichen und männlichen Akteuren. Diese Angaben wurde für das Zusenden der Broschüre als Dankeschön und auch für eventuelle Rückfragen benötigt. Ganz besonders wichtig bei der Umfrage war die Information über den Beschluss zur lokalen Agenda 21.

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Zutreffendes bitte ankreuzen.

**I. Allgemeine Informationen**

1.  Gemeinde /  Stadt /  Kreis: \_\_\_\_\_

2. Zahl der EinwohnerInnen: \_\_\_\_\_ (Stand: 31.12.2001)

3. Einrichtung/Organisation: \_\_\_\_\_

4. AnsprechpartnerIn:  Frau /  Herr

Vorname \_\_\_\_\_ Nachname \_\_\_\_\_

5. Anschrift  
 Straße: \_\_\_\_\_  
 PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_  
 Tel.: \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_ E-mail: \_\_\_\_\_  
 Fax: \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_ Internet: www. \_\_\_\_\_

6. Existiert in Ihrer Kommune ein Beschluss zur lokalen Agenda 21?  
 ja, seit \_\_\_\_\_  nein

---

**II. Fragen zur Eine-Welt-Arbeit**

1. Gibt es in Ihrer Kommune Eine-Welt-Arbeit, z.B. durch Städtepartnerschaften, Fairer Handel?  
 ja  nein (dann bitte weiter mit Frage III.3)

2. Welche Handlungsfelder decken Sie in Ihrer Kommune mit der Eine-Welt-Arbeit ab? (Mehrfachnennungen möglich)

<input type="checkbox"/> Fairer Handel	<input type="checkbox"/> Städte- / Partnerschaftskaffee
<input type="checkbox"/> globales Lernen	<input type="checkbox"/> Bürgerbeteiligung / Partizipation
<input type="checkbox"/> Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	<input type="checkbox"/> Migration
<input type="checkbox"/> Einkaufsratgeber	<input type="checkbox"/> Altkleider / Kleider-Kampagne
<input type="checkbox"/> Blumen-Kampagne	<input type="checkbox"/> Projektpartnerschaften
<input type="checkbox"/> Städtepartnerschaften	<input type="checkbox"/> Klimabündnis-Aktivitäten
<input type="checkbox"/> andere: _____	

3. Welche Aktionsformen setzen Sie in der Einen-Welt-Arbeit ein? (Mehrfachnennungen möglich)

<input type="checkbox"/> Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	<input type="checkbox"/> Publikationen (Flyer, Broschüren, Bilanzen, etc.)
<input type="checkbox"/> politische Einflussnahme	<input type="checkbox"/> Mitarbeit in Agenda-Gremien
<input type="checkbox"/> kulturelle Veranstaltungen	<input type="checkbox"/> erlebnisorientierte Aktionen
<input type="checkbox"/> Aktionen in Schulen	<input type="checkbox"/> Verkauf von Fair Handels-Produkten
<input type="checkbox"/> andere: _____	

4. Planen Sie eine Erweiterung Ihrer derzeitigen Projekte?  
 ja, und zwar folgende: \_\_\_\_\_  nein, weil: \_\_\_\_\_

5. Stehen Sie in Verbindung mit Netzwerken oder arbeiten Sie vernetzt?  
 ja, mit: \_\_\_\_\_  nein, weil: \_\_\_\_\_

...Fortsetzung nächste Seite





## 2.2 Rücklauf und Antwortverhalten

Für die Befragung 'Globales Handeln lokal verankern' hat die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt insgesamt 2.170 Fragebögen versendet. Empfänger dieser Fragebögen waren Kommunen und Nichtregierungsorganisationen im gesamten Bundesgebiet.

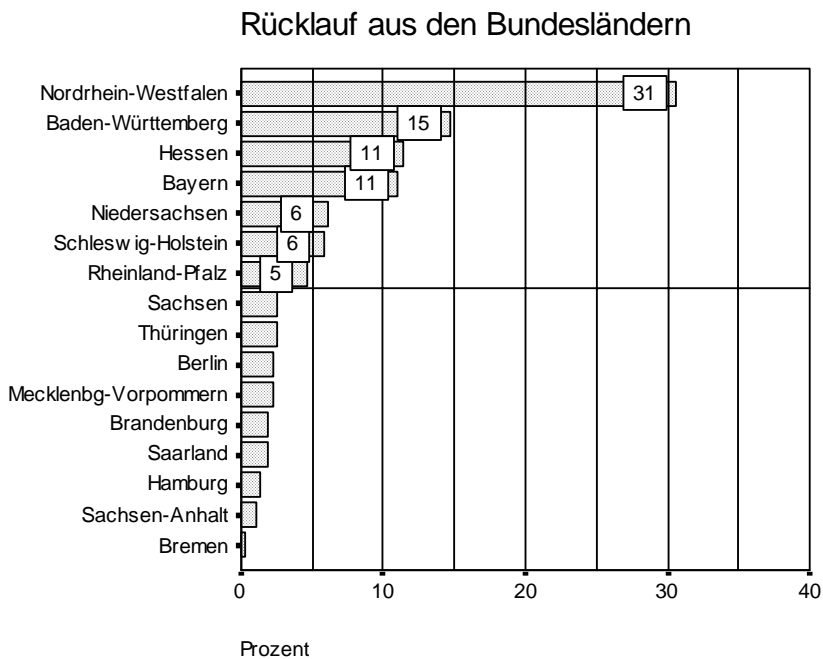
Für die Beantwortung der Umfrage wurde zunächst ein Zeitraum von drei Wochen festgelegt (vgl. Anschreiben auf Seite 7). Bedingt durch die Sommer- und Ferienzeit wurde die Abgabefrist um einen Monat verlängert und gleichzeitig 800 E-Mails als Nachfassaktion versendet.

Beide Maßnahmen, die Verlängerung der Frist und die Nachfassaktion, förderten den Rücklauf der Fragebögen deutlich.

Insgesamt sind knapp  $\frac{1}{4}$  aller versendeten Fragebögen beantwortet worden (total: 457; zurück inkl. unzustellbar: 495). Es wurde eine Rücklaufquote von fast 23 % erzielt, was für eine freiwillige Befragung eine hohe Quote bedeutet.

Die Umfrage ist bundesweit durchgeführt worden. Deshalb soll genauer untersucht werden, wie sich die Rückläufe im Bundesgebiet auf die 16 Bundesländer verteilen.

Abbildung 1:



Betrachtet man die prozentualen Anteile der Fragebögen, getrennt nach Bundesländern (Abb. 1), so ergibt sich folgende Verteilung: Nordrhein-Westfalen steht mit 31 % der beantworteten Fragebögen weit vor allen anderen Bundesländern. Es folgt Baden-Württemberg mit 15 % Beteiligung. Hessen sowie Bayern haben beide einen Beitrag von je 11 % geleistet. Aus den nördlich gelegenen Bundesländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein kommen jeweils 6 % der Fragebögen. Rheinland-Pfalz bringt 5 %

des Anteils, während alle weiteren Bundesländer mit weniger als 3 % an der Umfrage beteiligt sind. Darunter befinden sich auch Berlin, Bremen und Hamburg. Als Stadtstaaten haben sie eine erheblich geringere Gesamtzahl an Beschlüssen zur Agenda 21. Auch ihre Fläche, Besiedlungsdichte und politische Gliederung ist im Vergleich zu den Flächenländern unterschiedlich.

Der besonders hohe Anteil von Nordrhein-Westfalen (31 %) überrascht nicht, da es das Bundesland mit der höchsten Einwohnerzahl in der Bundesrepublik ist. Auch Baden-Württemberg, Hessen, Bayern und Niedersachsen gehören zu den stärker besiedelten Bundesländern.

**Abbildung 2: Antwortverhalten nach Bundesländern**

Rang	Bundesland	Mio. Einwohner pro beantworteten Fragebogen
1	Schleswig-Holstein	0,11
2	Hessen	0,12
3	Nordrhein-Westfalen	0,13
4	Saarland	0,14
5	Baden-Württemberg	0,16
6	Mecklenburg-Vorpommern	0,18
7	Rheinland-Pfalz	0,19
8	Thüringen	0,22
9	Bayern	0,25
10	Hamburg	0,28
11	Niedersachsen	0,29
12	Brandenburg	0,33
13	Berlin	0,34
14	Sachsen	0,41
15	Sachsen-Anhalt	0,53
16	Bremen	0,66

Es zeigt sich, dass die prozentualen Anteile des Rücklaufs mit der Besiedlungsdichte der Bundesländer zusammenhängen. Die Fläche und Besiedlungsdichte fällt je nach Bundesland unterschiedlich aus. Deshalb ist hier keine unmittelbare Vergleichbarkeit unter den einzelnen Bundesländern gegeben. Es ist notwendig, die Bundesländer miteinander in Relation zu setzen.

Die Anzahl der eingegangenen Fragebögen wurden mittels der Einwohner für jedes Bundesland in Relation gesetzt. Auf diese Weise ließ sich berechnen, wie viele Einwohner auf einen beantworteten Fragebogen entfallen. In der Ab-

bildung 2 sind die Werte in aufsteigender Reihenfolge tabellarisch dargestellt. Je mehr Einwohner pro beantworteten Fragebogen errechnet wurden, desto geringer ist die Rücklaufquote für das Bundesland.

Die Länder Schleswig-Holstein, Hessen und Nordrhein-Westfalen haben die stärksten Rücklaufquoten: Auf einen beantworteten Fragebogen kommen 0,11 Mio. Einwohner in Schleswig-Holstein, 0,12 Mio. in Hessen und 0,13 Mio. Einwohner in Nordrhein-Westfalen.

Hessen und Nordrhein-Westfalen sind besonders stark an der Agenda 21 beteiligt. Beide haben bei den kommunalen Beschlüssen zur Agenda die 50 % Quote für ihr Bundesland erreicht.<sup>2</sup> Die Zusammenhänge von Eine-Welt-Arbeit und der lokalen Agenda 21 werden in Kapitel 2.4 (ab Seite 16) ausführlich diskutiert.

Die Bundesländer Sachsen-Anhalt und Bremen schneiden bei der Beteiligung an der Umfrage mit den höchsten Quoten von Einwohnern pro beantworteten Fragebogen am schlechtesten ab. In Sachsen-Anhalt entfallen 0,53 Mio. und in Bremen 0,66 Mio. Einwohner auf einen beantworteten Fragebogen (Abb. 2).

Neben der räumlichen Ausbreitung müssen auch die Befragten differenziert betrachtet werden. Durch den Fragebogen sind Kommunen und Nichtregierungsorganisationen erfasst worden. Die Befragten bilden daher keine homogene Gruppe. Eine getrennte Betrachtung der jeweiligen Gruppen ist notwendig. Darüber hinaus wird es möglich, die Resultate von beiden Gruppen miteinander zu vergleichen.

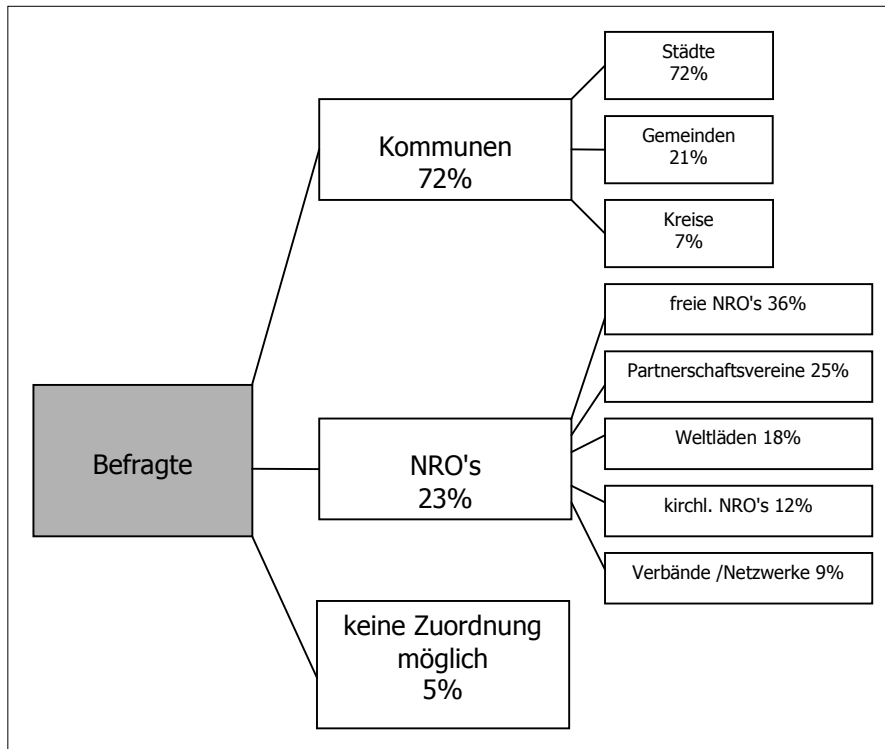
Das Flussdiagramm der Befragten (vgl. Abb. 3) zeigt, dass 72 % aller zurückgesendeten Fragebogen von Kommunen beantwortet wurden. Weitere 23 % haben Nichtregierungsorganisationen beantwortet. Die restlichen 5% konnten mangels fehlender oder unvollständiger Angaben keiner der beiden Gruppen zugeordnet werden.

Die Kommunen zeigten ein deutlich stärkeres Interesse zur Teilnahme an der Umfrage, Nichtregierungsorganisationen fühlten sich durch den Fragebogen weniger angesprochen. Eine Begründung findet sich in den verschiedenen Strukturen, die Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zugrunde liegen.

Eine andere Ursache liegt im Fragebogen selbst: Trotz der Abstimmung des Fragebogens mit RGRE und VENRO ist er im Tenor und Aufbau eher auf Kommunen zugeschnitten gewesen.

<sup>2</sup> Quelle: Agenda Transfer NRW

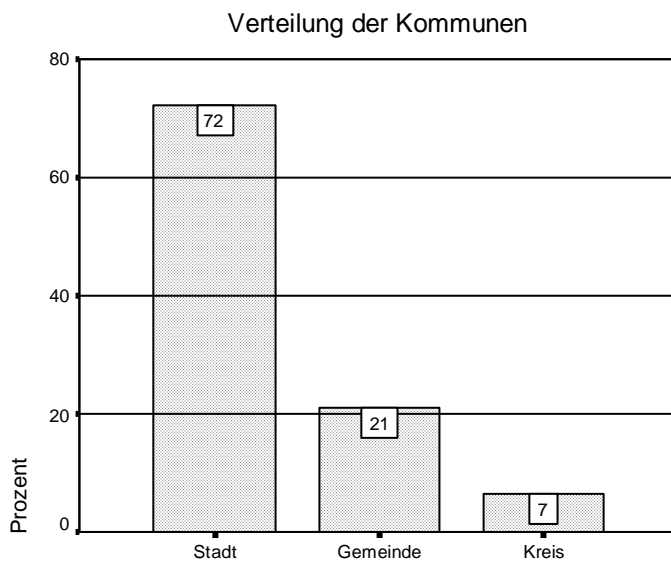
Abbildung 3: Gesamtübersicht der Befragten



Beide befragten Gruppen gliedern sich in weitere Untergruppen auf. Die Nichtregierungsorganisationen (NRO's) bilden folgende verschiedene Rubriken:

- freie NRO's
- kirchliche NRO's
- Partnerschaftsvereine

Abbildung 4:



- Weltläden
- Verbände / Netzwerke

Bei den Kommunen wird nach den Gebietskörperschaften getrennt: Städte, Gemeinden und Kreise.

Bei den Nichtregierungsorganisationen haben freie Organisationen mit 36 % und Partnerschaftsvereine mit 25 % den höchsten prozentualen Anteil am Rücklauf (Abb. 3).

Die Übersicht der befragten Kommunen (Abb. 4) zeigt, dass beim Antwortverhalten

ein deutlicher Schwerpunkt auf den Städten liegt. Die Fragebogen, die von Kommunen beantwortet wurden, kommen zu 72 % aus Städten. 21 % sind von Gemeinden und 7 % von Kreisen ausgefüllt worden.

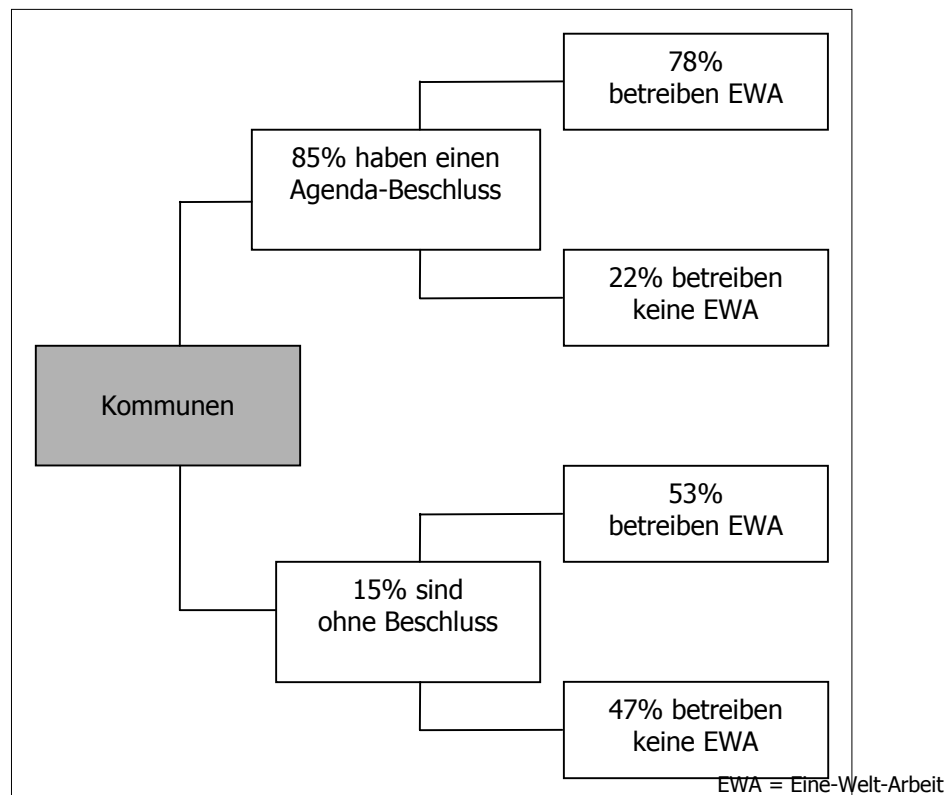
### 2.3 Lokale Agenda 21 und Eine-Welt-Arbeit auf lokaler Ebene

Eine-Welt-Arbeit (EWA) gestaltet sich lokal auf sehr vielfältige Weise. In einer strukturierter Darstellung werden die Zusammenhänge von Lokaler Agenda 21 und Eine-Welt-Arbeit nachfolgend erläutert.

Die Kommunen, die den Fragebogen beantwortet haben, heben sich durch zwei wesentliche Aspekte voneinander ab. Zum einen unterscheiden sie sich dadurch, ob sie einen Beschluss zur lokalen Agenda 21 getroffen haben, und zum anderen, ob sie Eine-Welt-Arbeit betreiben.

In einem Flussdiagramm der Abbildung 5 wird eine Gesamtübersicht zur genauen Gliederung der Kommunen mit prozentualer Verteilung aufgezeigt. Als Gesamtmenge (100 %) wird von den Kommunen ausgegangen, die den Fragebogen beantwortet haben. Diese Gesamtmenge gliedert sich in Kommunen mit Beschluss (Stadtrat etc.) und solche ohne Beschluss zur lokalen Agenda 21. Beide Typen der Kommunen unterteilen sich zusätzlich durch eine Eine-Welt-Arbeit.

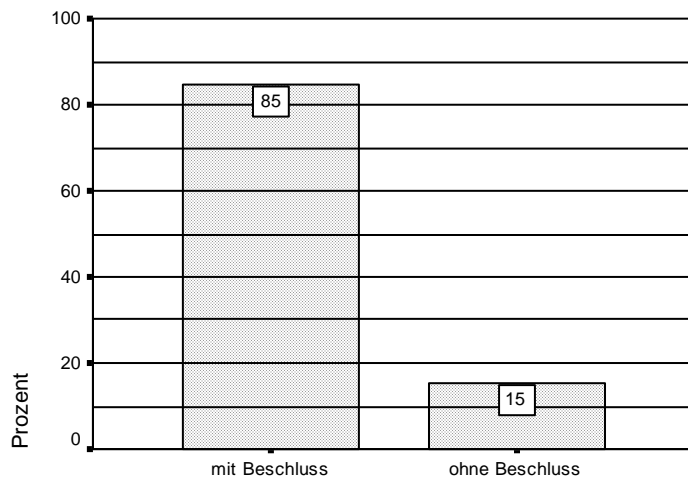
Abbildung 5: Gesamtübersicht der Kommunen



Die Einzelpunkte der Gesamtübersicht werden nun getrennt voneinander betrachtet. Dabei ergeben sich verschiedene Aspekte, deren Ursachen diskutiert und näher erläutert werden.

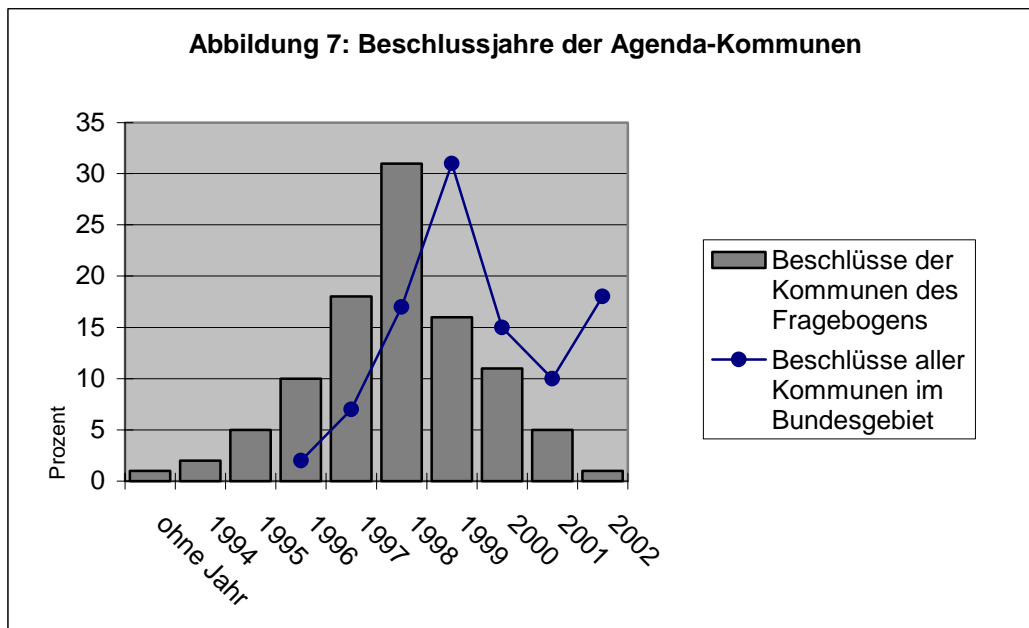
Dabei veranschaulicht die Abbildung 6, dass Kommunen mit Agenda-Beschluss deutlich in der Mehrheit sind. Ihr Anteil beträgt 85 %, während nur 15 % der Kommunen keinen solchen Beschluss haben.

Abbildung 6:

Übersicht zu Agendabeschlüssen  
der Kommunen

Sicherlich haben Agenda-Kommunen (also mit einem entsprechenden politischen Beschluss) ein größeres Interesse an einer solchen Umfrage, so dass sich allein dadurch ein höherer Anteil ergeben hat. Darüber hinaus konnte der Fragebogen in Agenda-Kommunen eher einer zuständigen Person zugeordnet werden, während in Kommunen ohne Beschluss die Zuständigkeit nicht immer deutlich gewesen sein mag. Möglicherweise ist der Fragebogen aus diesem Grund dort häufiger unbeantwortet geblieben.

Die Kommunen mit Beschlüssen sind unterschiedlich lang in der lokalen Agenda 21 aktiv. In welchen Jahren die Beschlüsse gefasst worden sind, zeigt die Abbildung 7.



Neben den aus der Umfrage ermittelten Angaben sind zusätzlich die Beschlussjahre aller Agenda-Kommunen des gesamten Bundesgebietes als Vergleichswerte herangezogen worden<sup>3</sup>. Sie beginnen jedoch erst mit dem Jahr 1996. Die Zahlen aus der Umfrage sind als Balken dargestellt. Die Vergleichswerte von allen kommunalen Gebietskörperschaften werden durch eine Linie mit dazugehörigen Datenpunkten gezeigt.

Im Vergleich lassen sich gewisse Parallelen hinsichtlich einer Verteilung der Beschlüsse erkennen. Lediglich die Jahre, in denen die Beschlüsse gefasst wurden, sind leicht verschoben. Zunächst steigen die Beschlüsse kontinuierlich an. Bei den Kommunen aus der Umfrage liegt der Höhepunkt mit 31 % im Jahr 1998. Nach den Zahlen für alle kommunala-

<sup>3</sup> Quelle für die kommunalen Gebietskörperschaften im Bundesgebiet: Agenda-Transfer (Stand: 12. Juni 2002)

len Gebietskörperschaften des Bundesgebietes liegt der Höhepunkt ebenfalls bei 31 %, jedoch erst 1999. Danach nehmen die Zahlen in beiden Fällen wieder ab. Keine Parallele existiert für das Jahr 2002: Während die Zahlen aus der Umfrage für das Jahr 2002 mit nur einem Prozent rückläufig wirken, steigen die Beschlüsse aller Agenda-Kommunen mit 18 % bundesweit in 2002 wieder an. Eventuell ein Effekt des Weltgipfels in Johannesburg.

Im nebenstehenden Diagramm (Abb. 8) wird das Verhältnis von Eine-Welt-Arbeit und Kommunen wiedergegeben. Anhand gruppiert dargestellter Balken zeigt sich, in welchen Relationen Agenda-Kommunen und Kommunen ohne Beschluss Eine-Welt-Arbeit betreiben.

Der Anteil von Eine-Welt-Arbeit der Agenda-Kommunen beträgt 78 %. Die restlichen 22 % der Kommunen mit Beschluss betätigen sich nicht auf dem Gebiet der Eine-Welt-Arbeit.

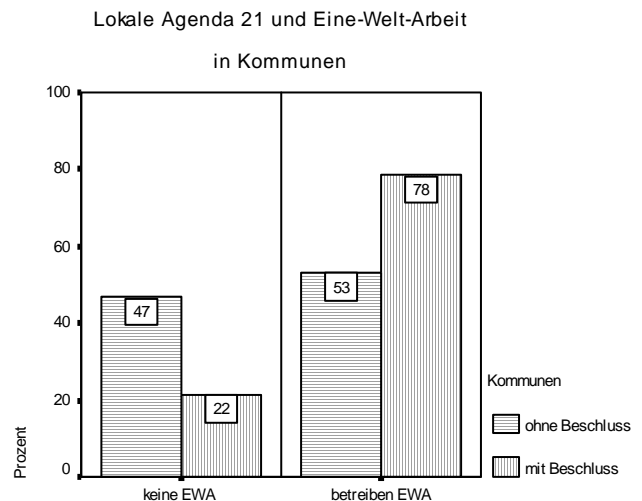
Die Eine-Welt-Arbeit wird teilweise, wenn sie nicht durch die Kommunalverwaltungen abgedeckt ist, dennoch betrieben. In diesen Fällen ist sie kirchlich oder privat organisiert. Meistens betrieben werden fairen Handel und Projektpartnerschaften (siehe Kapitel 2.4, Abbildung 9).

Nachdem die Kommunen mit Beschlüssen zur lokalen Agenda 21 betrachtet wurden, soll auch ein Blick auf Kommunen, die keinen Agenda-Beschluss haben, geworfen werden. Denn unabhängig von der lokalen Agenda 21 wird ebenfalls Eine-Welt-Arbeit geleistet. Die prozentuale Verteilung (vgl. Abb. 8) gestaltet sich im Vergleich zu Agenda-Kommunen jedoch ausgeglichener. Kommunen ohne Agenda-Beschluss sind nur zu 53 % auf dem Gebiet der Eine-Welt-Arbeit vertreten. Weitere 47 % betätigen sich weder auf dem Gebiet der Agenda 21 noch im Eine-Welt-Bereich.

In welcher Form wird Eine-Welt-Arbeit in Kommunen geleistet, die nicht im Rahmen der lokalen Agenda 21 organisiert sind? Aus den Fragebögen geht hervor, dass es sich dabei meist um einzelne Aktivitäten handelt. Dort wird überwiegend ein einzelnes Handlungsfeld abgedeckt. In erster Linie betreiben diese Kommunen fairen Handel. Aber auch Städtepartnerschaften sowie Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gehören zu den Aktivitäten (vgl. Abbildung 9).

In diesen Kommunen wäre ein Agenda-Beschluss sicherlich sinnvoll. Es könnten neue Impulse gegeben und zusätzliche Ressourcen erschlossen werden. Diese würden sich wiederum vorteilhaft in Form einer Ausweitung der bisher abgedeckten Handlungsfelder auf die Eine-Welt-Aktivitäten auswirken.

**Abbildung 8:**



## 2.4 Handlungs- und Aktionsformen in der Eine-Welt-Arbeit

In der Eine-Welt-Arbeit existiert eine große Vielfalt an Themen und Handlungsfeldern. Der Fragebogen ermittelt, wie sich diese Vielfalt gestaltet. Bei welchen Handlungsfeldern betätigen sich Eine-Welt-Aktive besonders? Wie arbeiten die Kommunen? Auf welchen Gebieten sind die Nichtregierungsorganisationen tätig?

**Abbildung 9: Handlungsfelder in der Eine-Welt-Arbeit. Gesamtübersicht [%]**

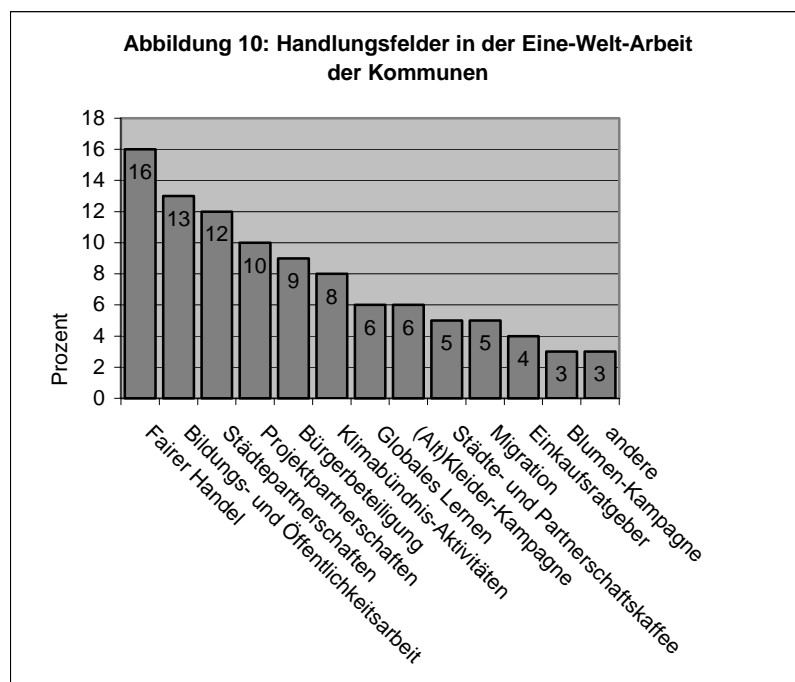
Handlungsfelder	Gesamt	Kommunen	NRO's
Fairer Handel	15,2	15,9	13,9
Bildungs- u. Öffentlichkeitsarbeit	14,4	13,0	17,4
Städtepartnerschaften	10,6	11,9	8,2
Projektpartnerschaften	10,4	9,6	12,2
Bürgerbeteiligung	8,2	9,2	6,3
Globales Lernen	7,5	6,0	10,4
Klimabündnis-Aktivitäten	6,1	8,0	2,4
Migration	5,4	5,1	6,1
(Alt)Kleider-Kampagne	5,4	5,4	5,2
Städte-/Partnerschaftskaffee	5,2	5,2	5,0
Einkaufsratgeber	4,0	4,1	3,7
Blumen-Kampagne	3,9	3,3	5,0
andere	3,5	3,2	4,2
	100 %	100 %	100 %

Die tabellarische Gesamtübersicht in Abbildung 9 gibt Aufschluss darüber, welchen Stellenwert die verschiedenen Themen in der Eine-Welt-Arbeit besitzen. Die Reihenfolge der Handlungsfelder orientiert sich in der Tabelle nach den absteigenden Prozentwerten für die Gesamtangabe. Diese Daten beziehen sich auf die Antworten aus allen Fragebögen. Zusätzlich werden die Daten der Fragebögen auch nach Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt ausgegeben. Insofern können die Angaben aus der Spalte 'Gesamt' auch als Durchschnittswerte betrachtet werden.

Sämtliche Handlungsfelder, die im Fragebogen angegeben waren, werden sowohl von Kommunen als auch von Nichtregierungsorganisationen in deren Arbeit einbezogen. Unter der Spalte 'Handlungsfelder' wird in der Tabelle als letztes die Angabe 'andere' genannt. Dabei handelt es sich um die Antworten, die von den Befragten im Fragebogen frei angeführt werden konnten. Sie machen einen Gesamtanteil von 3,5 % aus. Häufig genannt wurden beispielsweise die Punkte Kultur bzw. Interkulturelles und auch Bereiche, die sich mit humanitärer Hilfe und Menschenrechten befassen.

Die prozentuale Verteilung der Angaben zu Kommunen und Nichtregierungsorganisationen wird in getrennten Balkendiagrammen dargestellt. Die Werte aus der Abbildung 9 sind dort als gerundete Zahlen übernommen.

Die einzelnen Daten erscheinen auf den ersten Blick recht geringer Größe zu sein. Auch die Differenzen zwischen den einzelnen Prozentwerten hinterlassen zum Teil den Eindruck, als seien sie unerheblich. Grund dafür ist



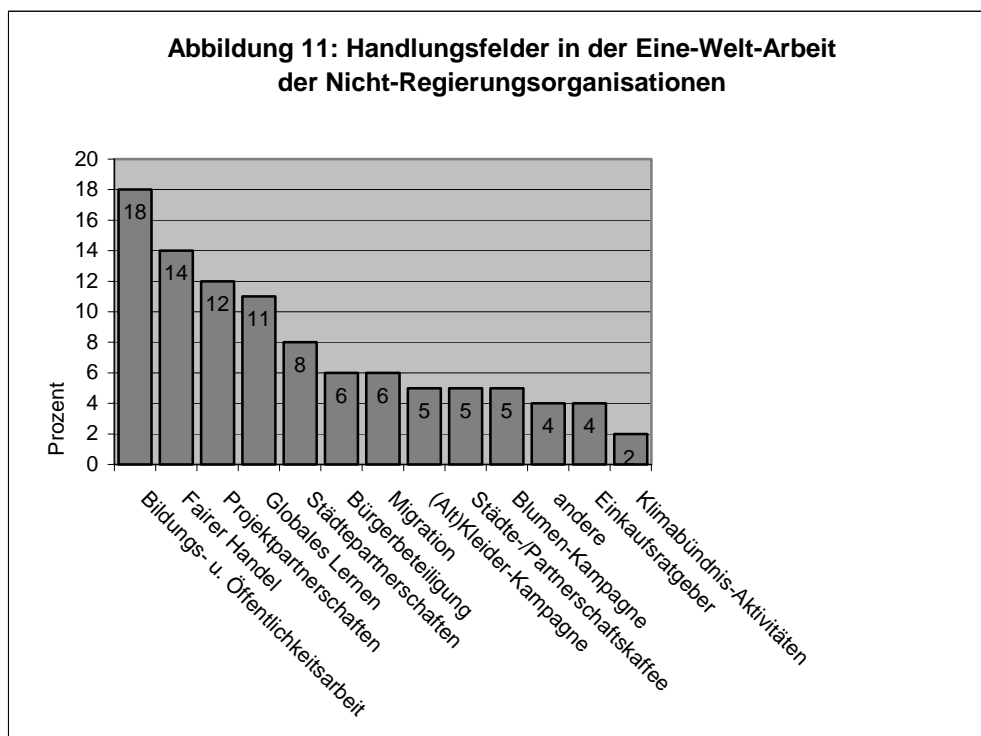
die Vielzahl der unterschiedlichen Handlungsfelder, insgesamt 13. Berücksichtigt man diesen Aspekt, so ist der Aussagewert dieser Daten hinreichend gegeben.

Für den kommunalen Bereich (Abbildung 10) stehen fair gehandelte Produkte bei den Eine-Welt-Aktivitäten stark im Vordergrund. Der faire Handel stellt im Vergleich zu den anderen Handlungsfeldern mit 16 % den Hauptanteil dar.

Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Städtepartnerschaften sind weitere Handlungsfelder, die einen hohen Anteil in der Eine-Welt-Arbeit ausmachen. Sie gehören mit einer Rate von 13 % für die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bzw. 12 % bei Städtepartnerschaften zu den Spitzenreitern.

In gleichmäßig absteigenden Prozentanteilen folgen die Handlungsfelder Projektpartnerschaften (10 %), Bürgerinnenbeteiligung (9 %) und Klimabündnis-Aktivitäten (8 %).

Im Vergleich zu den Kommunen gestaltet sich die Verteilung der prozentualen Werte bei den Nichtregierungsorganisationen in ähnlicher Form (Abb. 11). Auch hier liegen die ersten vier Prozentwerte über einem Anteil von 10%. Die Prioritäten sind in Bezug auf die Handlungsfelder jedoch anders gesetzt als bei den Kommunen. Der höchste Anteil der Eine-Welt-Arbeit wird zu 18 % durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit abgedeckt. Der faire Handel macht eine Rate von 14 % aus, gefolgt von Projektpartnerschaften mit 12 % Anteil.



Während Kommunen besonders auf den Gebieten fairer Handel, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und Städtepartnerschaften aktiv sind, setzen Nichtregierungsorganisationen verstärkt auf Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Auch der faire Handel spielt eine große Rolle, wird aber etwas weniger intensiv als bei den Kommunen betrieben. Kommunen arbeiten stark im Bereich der Städtepartnerschaften, während Nichtregierungsorganisationen auf Projektpartnerschaften setzen.

Zusätzlich zu den Handlungsformen wird auch die Art der Umsetzung von Eine-Welt-Arbeit näher betrachtet. Im Fragebogen wurden acht Aktionsformen vorgegeben, die eine detaillierte Beschreibung der Umsetzung von Eine-Welt-Aktivitäten ermöglichen sollten. Eine Gesamtübersicht dazu zeigt Abbildung 12. Anschließend folgen Balkendiagramme zur



Darstellung der Werte aus dem kommunalen Bereich (Abb. 13) sowie dem Sektor der Nichtregierungsorganisationen (Abb. 14).

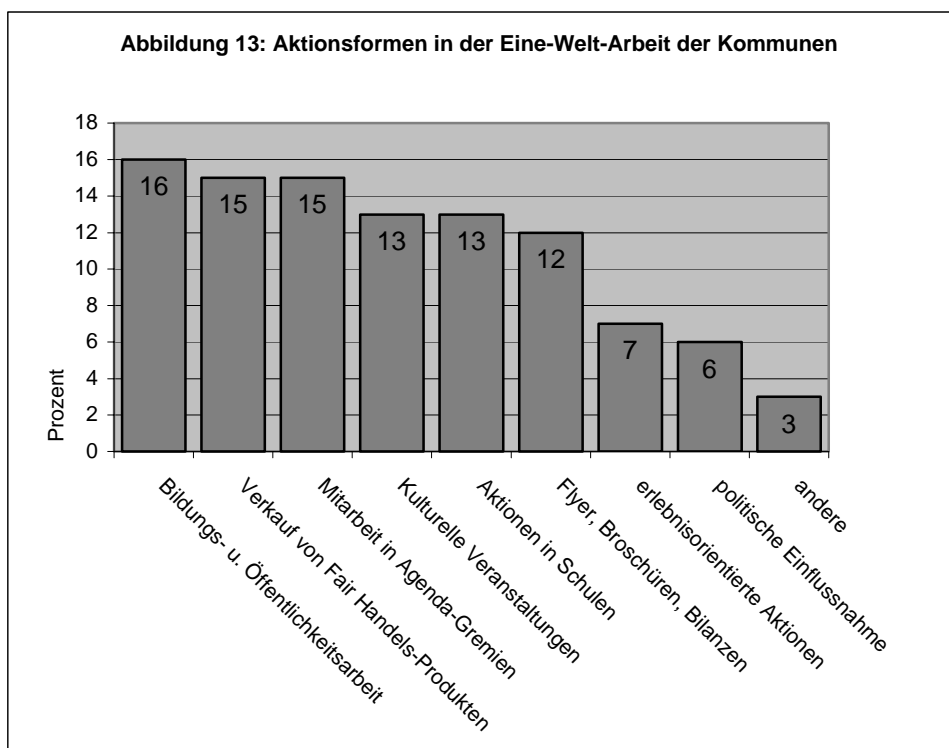
### Abbildung 12: Aktionsformen in der Eine-Welt-Arbeit Gesamtübersicht zur prozentualen Verteilung

Aktionsformen	Gesamt	Kommunen	NRO's
Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	16,7	15,9	18,1
Verkauf von Fair Handels-Produkten	13,5	15,3	10,7
Aktionen in Schulen	13,3	13,3	13,3
Mitarbeit in Agenda-Gremien	13,1	14,9	10,3
Kulturelle Veranstaltungen	12,9	13,3	12,2
Publikationen (Flyer, Broschüren etc.)	12,3	12,0	13,1
Politische Einflussnahme	7,9	5,6	11,4
Erlebnisorientierte Aktionen	7,3	7,0	7,7
Andere	3,0	2,8	3,2
	100 %	100 %	100 %

Im Fragebogen wurde, wie bei der Frage zu den Handlungsfeldern, ebenfalls die Möglichkeit eingeräumt, neben den acht vorgegebenen Kategorien weitere Aktionsformen zu benennen. Ihr Anteil am Gesamtvolumen der angegebenen Daten beträgt 3 % (Abb. 12). Als Aktionsform wurden beispielsweise Projektarbeit und jährlich stattfindende Veranstaltungen genannt.

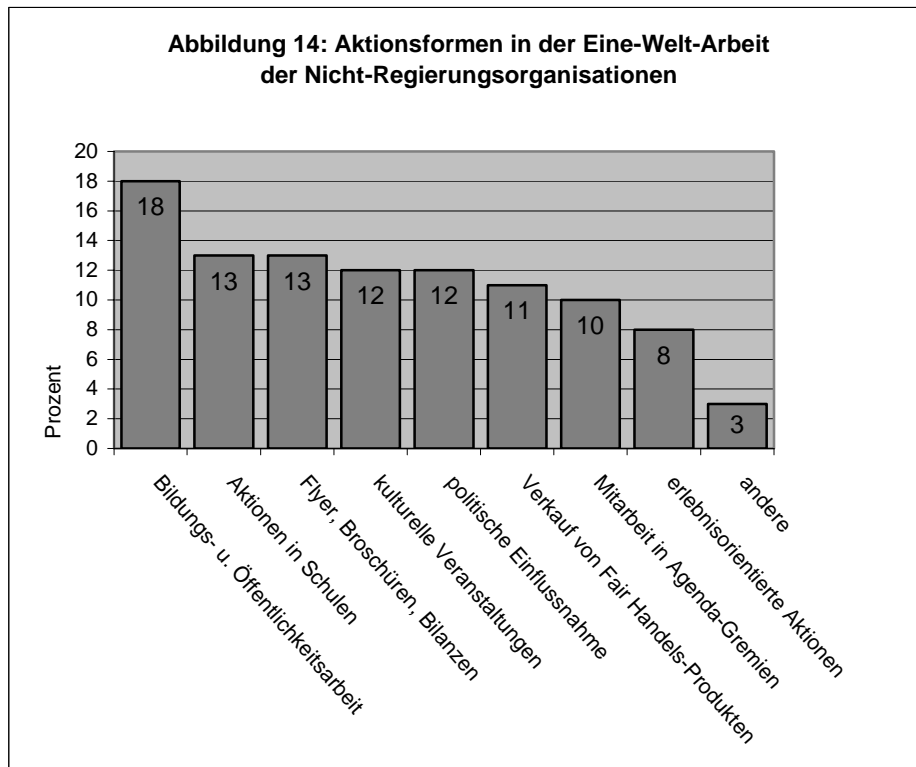
Die Aktionsformen in der kommunalen Eine-Welt-Arbeit (Abb. 13) sind

größtenteils von annähernd gleich starker Intensität. Eine untergeordnete Rolle spielen lediglich erlebnisorientierte Aktionen (7 %), politische Einflussnahme (6 %) und frei genannte Aktionsformen (3 %). Alle anderen Aktionsformen bewegen sich zwischen einem jeweiligen Anteil von 12 bis 16%. Die Umsetzung der Handlungsformen geschieht in erster Linie mittels Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit (16 %), dem Verkauf von fair gehandelten Produkten (15 %) und der Mitarbeit in Agenda-Gremien (15 %).



Auch in Bezug auf die Aktionsformen bei den Nichtregierungsorganisationen (Abb. 14) gestaltet sich die prozentuale Verteilung vergleichbar mit den Kommunen. Die Verteilung liegt gleichmäßig zwischen 8 und 13 %. Ausnahmen bilden lediglich der größte und der

kleinste Wert. Mit einem Anteil von 18 % gilt Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit als stärkste Aktionsform. Die frei angegebenen Aktionsformen machen mit 3 % den geringsten Anteil aus. Im Mittelfeld stehen Aktionen in Schulen und Publikationen in Form von Flyern, Broschüren, Bilanzen etc. bei je 13 %. Danach folgen kulturelle Veranstaltungen und politische Einflussnahme mit jeweils 12 %. Der Verkauf von fair gehandelten Produkten macht einen Anteil von 11 % aus, während die Mitarbeit in Agenda-Gremien (10 %) und erlebnisorientierte Aktionen (8 %) folgen.



Sicherlich wären diese Antworten in einer zeitlichen Betrachtung spannend: Wie haben sich die Aktionsformen in z.B. zehn Jahren seit dem Weltgipfel in Rio entwickelt? Hierzu kann aber erst diese Befragung nötige Datengrundlage sein. Wichtig wäre es aber, die Aktionsformen daraufhin zu beleuchten, inwieweit diese den Erwartungen der Organisatoren und denen der "Kunden" entsprechen. Eine Evaluierung findet aber selten statt. Daher wird es wichtig, Aktionsformen zu vermitteln und durch Weiterbildung der Organisatoren zu professionalisieren.

## 2.5 Hemmnisse in der Eine-Welt-Arbeit

Der Fragebogen stellt auch die Frage nach Hemmnissen, die in der Eine-Welt-Arbeit auftreten können. Dazu ist im Fragebogen eine Auswahl möglicher Probleme oder Hemmnisse angegeben, die nach Bedarf von den Befragten erweitert werden konnte.

**Abbildung 15: Hemmnisse in der Eine-Welt-Arbeit**

Hemmnisse	Gesamt	Kommunen	NRO's
Finanzielle Mittel	22,8	21,5	25,3
Personal	22,1	22,2	22,0
BürgerInnenbeteiligung/ Motivation	16,3	16,6	15,8
Politische Unterstützung	12,4	11,6	14,1
Ausdauer bei langfristigen Projekten	5,6	6,0	4,3
andere	3,4	3,6	3,3
Einbeziehung wichtiger Akteure	3,2	2,9	3,8
Umsetzung geplanter Vorhaben	3,0	3,1	2,7
Informationsfluss	2,9	2,9	2,7
Organisation / Planung	2,5	2,9	1,6
Kooperationsbereitschaft	1,9	2,3	1,1
Koordination	1,8	1,9	1,6
Konkurrenz	1,2	1,3	1,1
Moderation	1,0	1,2	0,5
	100%	100%	100%

se angegeben, die nach Bedarf von den Befragten erweitert werden konnte. Insgesamt sind 13 verschiedene Hemmnisse (Abb. 15) als Antwortmöglichkeiten vorgegeben, von denen jeweils nur die drei wichtigsten angekreuzt werden sollten. Dadurch sollen Aussagen über die Schwerpunkte bei den Problematiken in der Eine-Welt-Arbeit ermöglicht werden.

Die Kategorie 'andere' beträgt bei der Betrachtung der Gesamtwerte 3,4 %. Mehrfach genannt wurde dort mangelnde Zeit und fehlendes Interesse der Medien.

Es folgt eine Darstellung der prozentualen Verteilung von Hemmnissen in den Kommunen

(Abb. 16) und den Nichtregierungsorganisationen (Abb. 17).

Die prozentuale Verteilung verläuft in Intervallen. Personal und finanzielle Mittel werden als größte Hemmnisse angegeben. Ihr Anteil liegt jeweils bei knapp über 20%.

Im darauf folgenden Intervall wurden Motivation (17 %) und politische Unterstützung (12 %) als problematische Bereiche der Eine-Welt-Arbeit in Kommunen benannt.

Die Ausdauer bei langfristigen Projekten beträgt mit 6 % zwar geringere Intensität, wird aber dennoch als Problem eingestuft. Alle weiteren Problematiken haben einen Anteil, der unter 5 % liegt. Sie bilden damit keine Schwerpunkte unter den Hemmnissen.

Auch bei den Nichtregierungsorganisationen zeichnen sich im Diagramm (Abb. 17) ebenfalls drei Intervalle ab. Mit einem Anteil von 25 % werden finanzielle Mittel als Problem angegeben. Auch die Problematik des Personals wird mit 22 % hoch eingestuft. Danach folgt ein zweites Intervall, wo BürgerInnenbeteiligung bzw. Motivation einen Anteil von 16 % und politische Unterstützung von 22 % haben.

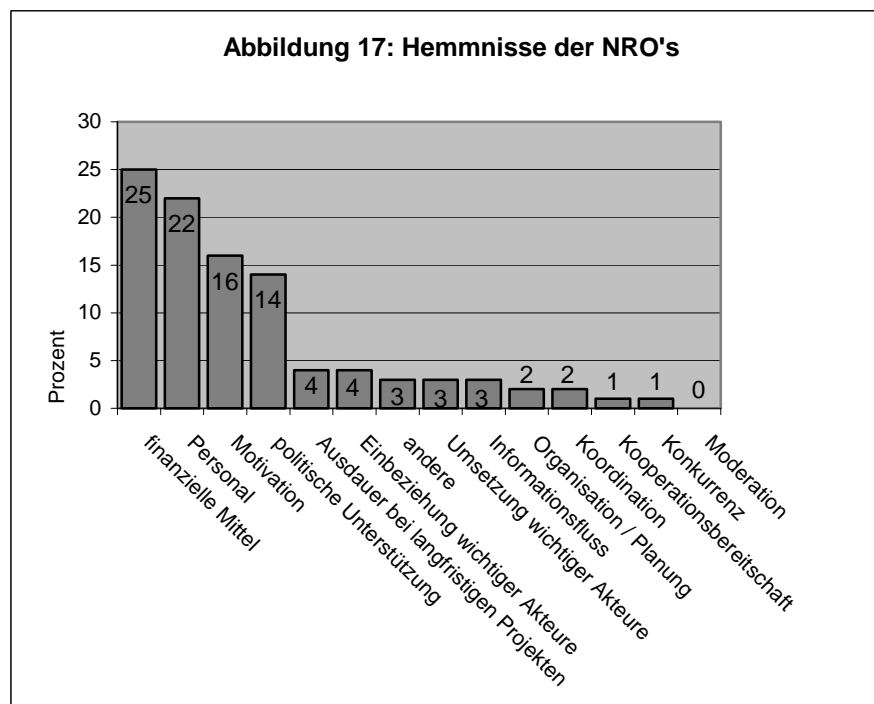
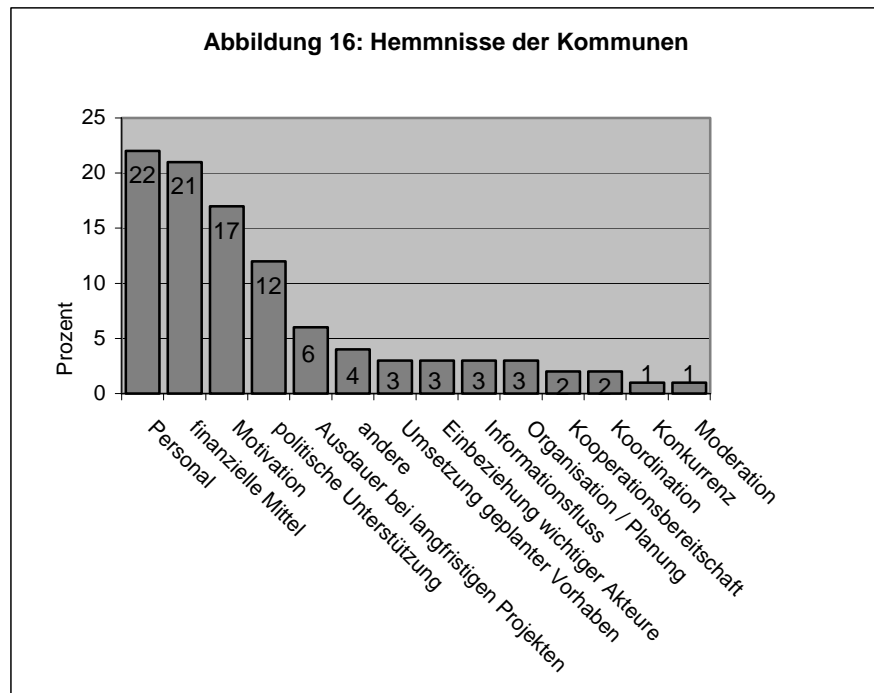
Alle weiteren Angaben liegen ebenfalls bei unter 5 %.

Aus den 13 verschiedenen Hemmnissen haben sich vier Schwerpunkte herauskristallisiert. Beide Gruppen der Befragten weisen in Bezug auf die Problematiken in der Eine-Welt-Arbeit weitgehende Parallelen auf.

Die personelle Situation der Kommunen wie auch der Nichtregierungsorganisationen stellt mit einem Anteil von jeweils 22 % eine Schwierigkeit dar. Ähnlich verhält es sich mit der finanziellen Ausstattung. Die Nichtregierungsorganisationen stufen sie als größtes Problem mit einem Anteil von 25 % ein, während die Kommunen die Finanzierung als zweitgrößtes Problem einstufen.

Der Fragebogen beinhaltet zwei weitere Fragen, die sich eingehender mit den Themen Personal und Finanzen beschäftigen. Die Ergebnisse dazu werden in den Kapiteln 2.10 und 2.11 analysiert.

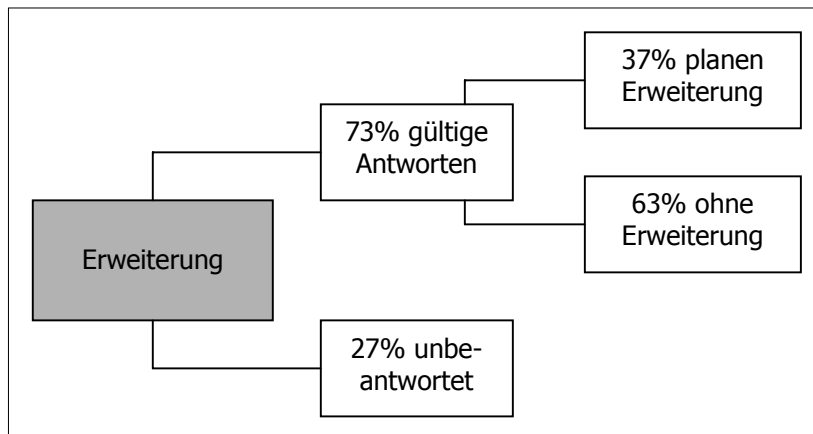
Eine andere Grundvoraussetzung für Eine-Welt-Arbeit, an der es in beiden Bereichen zu mangeln scheint, ist die BürgerInnenbeteiligung bzw. Motivation. Kommunen geben sie mit 17 % und Nichtregierungsorganisationen mit 16 % als drittgrößtes Problem an. Auch von Seiten der Politik wünschen sich beide Befragtengruppen in ähnlicher Form stärkere Unterstützung.



## 2.6 Erweiterung der bestehenden Projekte

Bisher sind im Fragebogen nur Informationen über die bearbeiteten Themen und die Art ihrer Umsetzung ermittelt worden. Zur Vertiefung dieser Informationen wurde noch eine weitere Frage gestellt. Sie befasst sich mit der Erweiterung bestehender Projekte (Abb. 18).

Abbildung 18: Gesamtübersicht zur Erweiterung bestehender Projekte



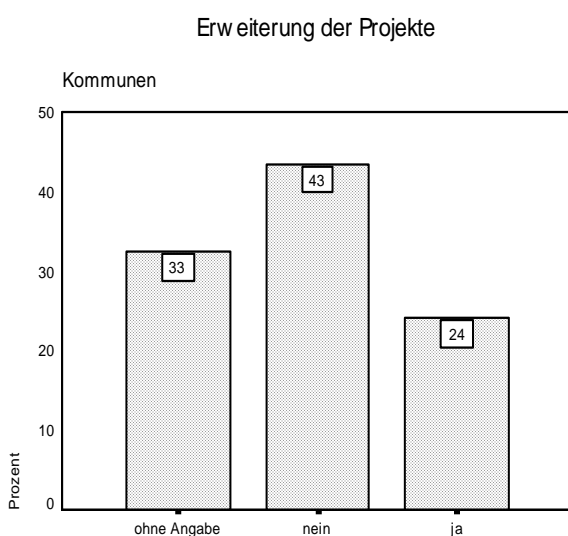
Gut 27 % der Befragten ließen die Frage unbeantwortet. Es kann über die Gründe nur spekuliert werden, worauf wir hier verzichten möchten. Nach einzelnen Rückmeldungen während der Befragung zu urteilen, wurde mit dieser Frage auch ein 'unnötiger' Leistungsdruck formuliert;

also viele haben sich hinsichtlich des aktiven Arbeitsumfangs und der jeweiligen Ressourcen nicht in der Lage gesehen, 'mehr' zu machen.

Die Prozentwerte der gültigen Antworten verteilen sich wie folgt: 37 % planen die Ausweitung ihrer Projekte, während sich der überwiegende Anteil von 63 % auf die bereits existierenden Vorhaben konzentriert.

Auch an dieser Stelle werden die Angaben der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen miteinander in Relation gesetzt.

Abbildung 19: Erweiterung der Projekte



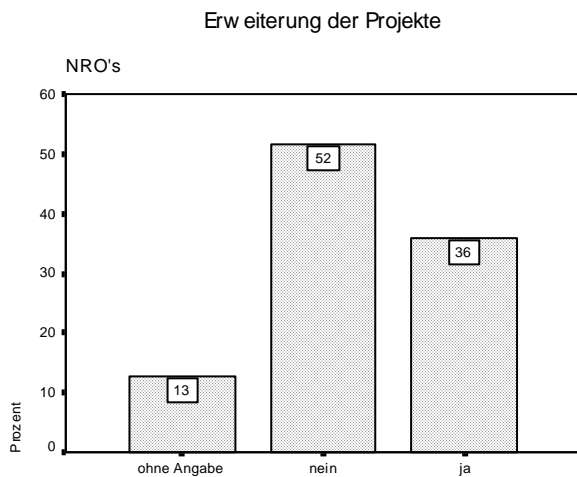
Das Balkendiagramm der Abbildung 19 berücksichtigt alle Fragebögen, die von Kommunen beantwortet wurden. Die Darstellung zeigt auch die Rate der Antworten, die keine Angaben zur Erweiterung beinhalten. Sie beträgt 33 %. Der Anteil ohne geplante Erweiterungen überwiegt mit 43 %, während nur 24 % der Kommunen ihre Projekte ausdehnen wollen.

Teilweise sind in den Fragebögen genauere Angaben zu den geplanten Projekten gemacht worden. In erster Linie handelt es sich dabei um Erweiterungen in den Bereichen des fairen Handels, des Städte- oder Partnerschaftskaffees und der Schulpartnerschaften.

Bei den Nichtregierungsorganisationen (Abb. 20) ist die Antwortbereitschaft für diese Frage größer, dennoch bleibt sie in 13 % der Fälle offen. Knapp über die Hälfte (52 %) der Organisationen hat keine Erweiterung vorgesehen. Bei 36 % liegen Pläne zur Ausweitung bestehender Projekte vor.

Die Erweiterung von bereits vorhandenen Projekten scheint ein schwieriges Thema zu sein. Sowohl bei Kommunen als auch bei Nichtregierungsorganisationen überwiegen die Fälle, die eine Erweiterung der Projekte nicht vorgesehen haben.

**Abbildung 20: Erweiterung der Projekte**



Im Zusammenhang mit der Frage zur Erweiterung sollten im Falle einer negativen Beantwortung frei formulierte Begründungen angegeben werden. Aus der Vielzahl von Argumenten wurden nachträglich Kategorien gebildet, die eine qualitative Analyse ermöglichen.

Die ermittelten Werte werden in Abbildung 21 dargestellt und anschließend für Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt erläutert.

Bei den Kommunen werden in 23,5 % der Fälle keine Angaben zu den Gründen gegeben. Mangelnde Ressourcen sind der Haupt-

grund, keine Erweiterung der Projekte vorzunehmen. Darunter sind fehlende Finanzierung und zu wenig Personal zusammengefasst.

Über 21 % der befragten Kommunen begründen die Tatsache, dass sie keine Projekte ausweiten, nur mit der personellen Situation, während über 10 % nur Finanzen als Grund

angeben. Da die personelle Situation von der Finanzlage abhängig ist, können beide Begründungen nicht unbedingt getrennt betrachtet werden. Fast man diese prozentualen Angaben mit den mangelnden Ressourcen zusammen, entsteht eine Rate von 55,3 %.

**Abbildung 21: Gesamtübersicht der Gründe, die gegen eine Ausweitung der Projekte sprechen**

Gründe, die gegen eine Ausweitung der Projekte sprechen	Gesamt	Kommunen	NRO's
mangelnde Ressourcen	24,5	23,5	26,5
Personal	24,5	21,2	30,9
ohne Angabe	18,0	23,5	7,4
bestehendes Angebot stabilisieren	16,0	12,1	23,5
Finanzen	11,0	10,6	11,8
mangelndes Bürgerinteresse	4,5	6,8	-
Eine-Welt-Arbeit stagniert	1,5	2,3	-
	100%	100%	100%

Gut 12 % wollen ihr bestehendes Angebot zunächst umsetzen, bevor die Projekte erweitert werden. Die Kommunen haben aber auch mit mangelndem Bürgerinteresse (6,8 %) zu kämpfen. 2,3 %

der befragten Kommunen geben an, dass die ursprünglich betriebene Eine-Welt-Arbeit stagniert und demzufolge keine Erweiterung geplant wird.

Nichtregierungsorganisationen sind eher deutlich bereit, Gründe für fehlende Projekterweiterung zu nennen. Lediglich bei 7,4 % (Kommunen: 23,5 %) sind keine Angaben zu den Gründen gemacht worden. Der Anteil von mangelnden Ressourcen, Personal und Finanzen beträgt bei den Nichtregierungsorganisationen zusammengefasst 64,8 %, während sich 23,5 % weiterhin auf bestehende Projekte konzentrieren; sicher auch, weil viele NRO's hinsichtlich ihrer inhaltlichen Ausrichtung für eine begrenzte Anzahl an Projekten ausgebildet (Ressourcen) sind.

Auch wenn ein hoher Anteil der Kommunen keine Angaben zu den Gründen für die fehlende Erweiterung der Projekte angibt, zeigt sich deutlich, dass die Lage der Finanzen

(vgl. Kapitel 2.10), des Personals (vgl. Kapitel 2.11) und teilweise auch das Bürgerinteresse eindeutig Grenzen setzt. Es handelt sich hierbei um die auch schon im vorhergehenden Kapitel angesprochenen Hemmnisse, die eine Erweiterung der Projekte nur sehr schwer möglich machen. Eine Konzentrierung auf die vorhandenen Inhalte und Projekte ist daher eine nachvollziehbare Reaktion. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass sich eine Aussage zur Qualität der Projekte nicht daraus ermitteln lässt, ob diese erweitert werden oder nicht.

In gleicher Weise gestaltet sich die Lage der Nichtregierungsorganisationen. Zur Ausweitung von Projekten mangelt es an dazu notwendigen Ressourcen.

## 2.7 Vernetzung in der Eine-Welt-Arbeit

Vernetzung spielt heute eine immer größere Rolle. Eine gute Kommunikation und der gegenseitige Austausch von Erfahrungen und Informationen tragen zu einer qualitativ hochwertigen Eine-Welt-Arbeit bei.

Abbildung 22: Vernetzung gesamt

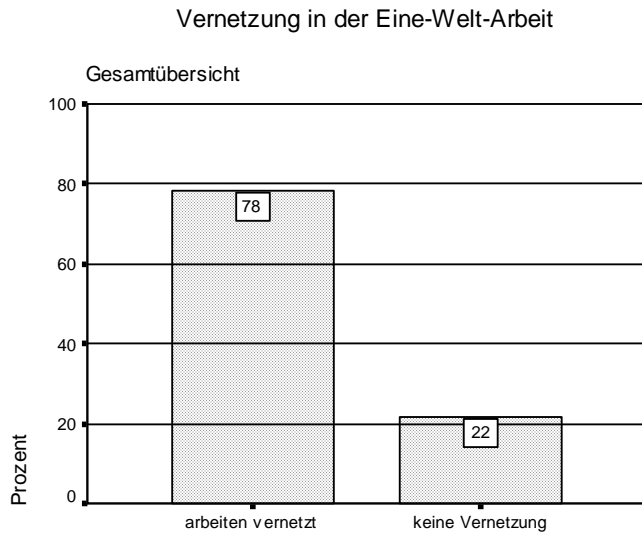
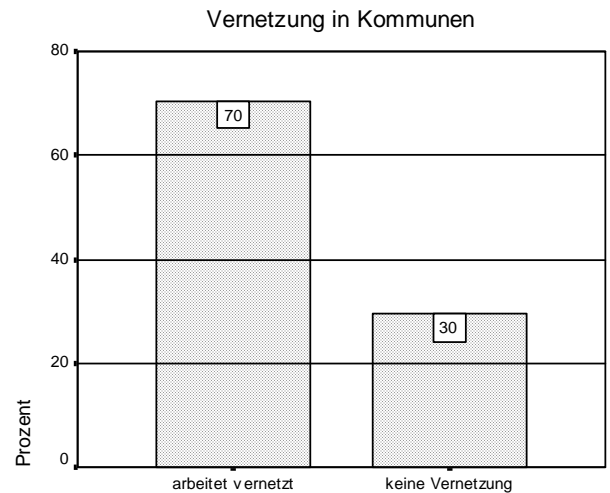


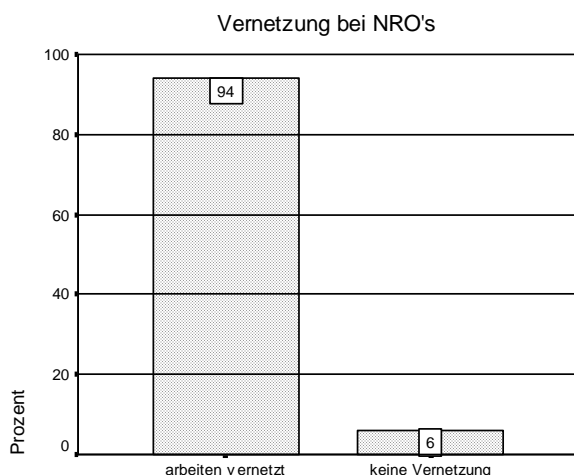
Abbildung 24: Vernetzung



Auf die Frage "Stehen Sie in Verbindung mit Netzwerken oder arbeiten Sie vernetzt?" haben 78 % aller Befragten positiv geantwortet (Abb. 22). Nur 22 % arbeiten nicht vernetzt. Anhand einer getrennten Betrachtung (Abb. 23 und 24) von Kommunen und Nichtregierungsorganisationen können die Unterschiede zwischen ihnen deutlich gemacht werden.

Der Vergleich beider befragten Gruppen ergibt, dass in Kommunen zu 70 % und bei Nichtregierungsorganisationen zu 94 % vernetzt gearbeitet wird.

Abbildung 24: Vernetzung NRO's



Die durchschnittliche Rate der Vernetzung beträgt 78 %. Die Kommunen arbeiten zwar größtenteils vernetzt, liegen aber unter dem Durchschnitt. Nichtregierungsorganisationen legen großen Wert auf Vernetzung. Sie liegen mit 94 % deutlich über dem durchschnittlichen Wert. Gründe hierzu könnten sein, dass Kommunen gegenüber NRO's nicht hinsichtlich der Eine-Welt-Arbeit vernetzt denken und arbeiten. Hier mangelt es sicher noch an einer Verdeutlichung der positiven Potenziale. NRO's hingegen legen von vornherein einen starken Wert auf Vernetzung. Allerdings sind die Netzwerke beider Handelnden nicht unbedingt klar erkennbar und nachvollziehbar.

Der Vergleich mit den Ergebnissen aus Kapitel 2.8 (z.B. Abb. 29) zeigt durchaus Vor- und Nachteile auch einfacher Vernetzung durch inhaltliche Kooperation, da Hemmnisse durch Zusammenarbeit weniger auftreten.

Im Fragebogen wurde nicht nur danach gefragt, ob vernetzt gearbeitet wird, sondern auch, mit welchen Netzwerken und Partnern die Vernetzung besteht. In der Auswertung



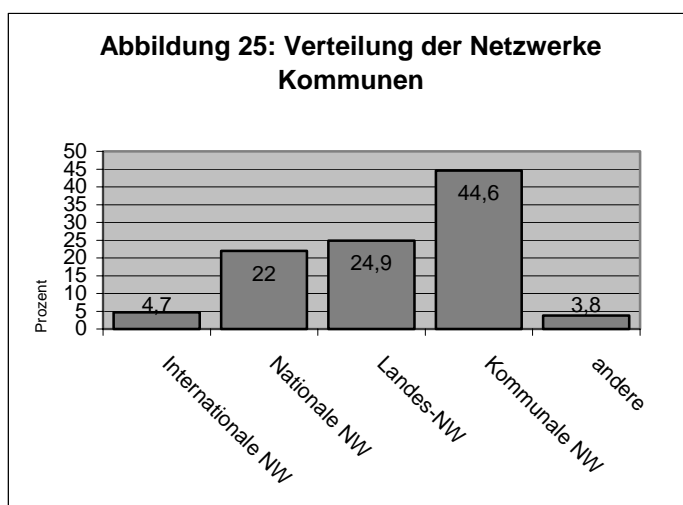
hat sich eine große Vielfalt von Angaben angesammelt. Dabei sind nicht nur Organisationen genannt worden, die in Form eines Netzwerkes fungieren, sondern auch verschiedene Partner, mit denen eine kooperative Zusammenarbeit besteht. Sie können im Einzelnen nicht alle genannt werden und sind daher in Kategorien aufbereitet worden. Unter der Kategorie 'andere' sind die Angaben zusammengefasst, aus denen keine klare Zuordnung abgeleitet werden konnte.

Die Netzwerke und Partner, mit denen die Befragten in der Eine-Welt-Arbeit zusammenwirken, bewegen sich auf verschiedenen Ebenen. Sie sind folgendermaßen gegliedert:

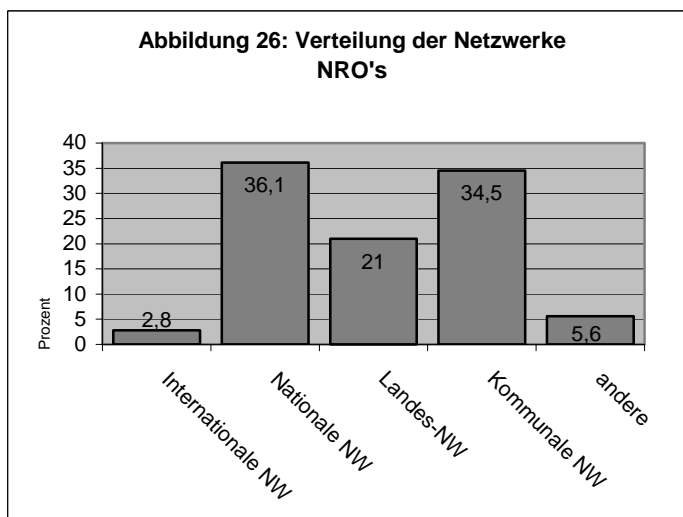
- internationale Netzwerke
- nationale bzw. bundesweite Netzwerke
- Landesnetzwerke in Deutschland (nach Bundesländern)
- Netzwerke auf kommunaler Ebene
- andere

Nachfolgend wird die Verteilung der Netzwerke für Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt ausgegeben.

Wie die Darstellung zu den Netzwerken für Kommunen (Abb. 25) zeigt, bestehen in erster Linie Vernetzungen auf kommunaler Ebene; der Anteil beträgt über 44 %. Landesnetzwerke machen einen Wert von fast 25 % und Netzwerke auf Bundesebene von 22 % aus, während mit internationalen Netzwerken zu 4,7 % gearbeitet wird.



Die Vernetzung auf kommunaler Ebene ist sehr stark durch die lokale Agenda 21 geprägt. So werden beispielsweise Eine-Welt-Foren, Arbeitsgemeinschaften und -kreise häufig genannt. Neben dieser agendaspezifischen Vernetzung existiert auch eine projekt- und themenspezifisch orientierte Zusammenarbeit. Sie bezieht sich auf Städtepartnerschaften, Umwelt und Stadtentwicklung, Bildung und Migration. Eine klare Trennung der spezifischen Bereiche ist nicht immer gegeben, da sie sich häufig überschneiden. Es lassen sich jedoch Tendenzen erkennen.



Auf Länderebene besteht die Vernetzung mit Landesarbeitsgemeinschaften der lokalen Agenda 21 und entwicklungspolitischen Landesnetzwerken, wie beispielsweise mit der LAG3W (Landesarbeitsgemeinschaft der Dritte Welt Zentren) e.V., dem DEAB (Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg) e.V., dem VEN (Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen)

sen) e.V. oder dem Eine Welt Netzwerk Bayern e. V.

Auf Bundesebene wird die Vernetzung vor allem mit dem Klimabündnis und dem Weltlandendachverband betrieben.

Die internationale Vernetzung bezieht sich stark auf die Zukunftsfähigkeit von Städten und Kommunen, aber auch auf das Thema Umwelt. Als Netzwerk wurde häufig ICLEI (International Council for Local Environmental Initiatives) genannt.

Die Verteilung der Netzwerke bei Nichtregierungsorganisationen (Abb. 26) gestaltet sich anders als die der Kommunen. Zwar besteht mit einem Anteil von 34,5 % ebenfalls eine starke Vernetzung auf lokaler Ebene, jedoch wird mit 36,1 % eine intensive Vernetzung auf Bundesebene praktiziert. Die internationale Vernetzung fällt mit 2,8 % geringer als die der Kommunen aus.

Die Netzwerke auf Bundesebene spielen bei Nichtregierungsorganisationen eine etwas größere Rolle als die Vernetzungen auf lokaler Ebene. Der VENRO und auch der Weltlandendachverband treten neben der AGL (Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland) e.V. besonders hervor.

Die Vernetzung auf kommunaler Ebene ist, wie bei der Vernetzung von Kommunen, ebenfalls breit gefächert. Eine-Welt- bzw. Nord-Süd-Foren werden neben agenda-spezifischer Vernetzung ebenso genannt wie themenspezifische Kooperationen zu Bildung, verschiedenen Kampagnen, Migration und Partnerschaft.

Bei der Vernetzung auf Landesebene heben sich durch häufige Nennungen das INKOTA-Netzwerk e.V., BER (Berliner entwicklungspolitischer Ratschlag) e.V. und das Eine Welt Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V. heraus. Damit sind in der Häufigkeit der Nennungen diese drei Institutionen aus den neuen Ländern vorne, ohne dass im Rücklauf der Umfrage die Quote aus den östlichen Ländern überwiegt, eher im Gegenteil.

Allerdings bleibt bei dieser Darstellung hervorzuheben, dass hinsichtlich der Art und Intensität der Vernetzung nicht gefragt wurde. Zwar kann eine gewisse Lebendigkeit deshalb erwartet werden, weil die Antworten frei eingetragen werden mussten und nur relativ wenige keine Antworten abgegeben haben (vgl. Abb. 25 und 26), aber Grad, Form und Intensität der Vernetzung können hier nicht beurteilt werden.

Nachdem die Vielfalt der bestehenden Vernetzung dargestellt wurde, soll auch eine Analyse der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen gegeben werden, die nicht vernetzt arbeiten. Im Fragebogen wurde um eine kurze Begründung gebeten, wenn die Frage nach der Vernetzung negativ beantwortet wurde.

Wie aus den Abbildungen 23 und 24 bereits deutlich geworden ist, wird bei den Kommunen eher auf eine Vernetzung verzichtet als bei Nichtregierungsorganisationen. Dies kann sich im unterschiedlichen Selbstverständnis (kommunale Selbstverwaltung z.B.) erklären, also darin, dass Aufgaben und Problemstellungen und ihre Behebung unterschiedlich stark selbst gelöst werden oder gelöst werden müssen.

Nur 6 % der NRO's, die den Fragebogen beantwortet haben, arbeiten nicht vernetzt. Der prozentuale Wert ist so gering, dass sich bei den unterschiedlichen Begründungen keine Tendenzen feststellen lassen.

Auch bei den Kommunen gestaltet sich eine Analyse der Gründe schwierig. Zwar haben 30 % der Kommunen angegeben, nicht vernetzt zu arbeiten, jedoch haben davon wiederum 70 % keine näheren Erklärungen dazu angeführt. Aus den wenigen Fällen, die Begründungen angeben, lassen sich nur schwer genauere Tendenzen erkennen. Allgemein lässt sich bemerken, dass es sich dabei um Bedingungen handelt, die eine Vernetzung nicht zulassen, oder evtl. unklar war, was 'Vernetzung' bedeutet.

## 2.8 Rückkopplung zwischen Verwaltung und Bürgern

Inwiefern ein bürgerorientiertes Arbeiten stattfindet, sollte durch die Frage nach der Rückkopplung festgestellt werden. Wie sich am Rücklauf der Fragebögen erkennen ließ, können konkrete Aussagen nur anhand ausreichend differenzierter Antwortmöglichkeiten getroffen werden. In welcher Form die Rückkopplung durchgeführt wird, kann daher an dieser Stelle nicht erörtert werden.

Beide Diagramme (Abb. 27 und 28) stellen lediglich dar, ob die Frage zur Rückkopplung von Kommunen bzw. Nichtregierungsorganisationen positiv oder negativ beantwortet wurde.

Abbildung 27

Rückkopplung zwischen  
Verwaltung und Bürgerschaft

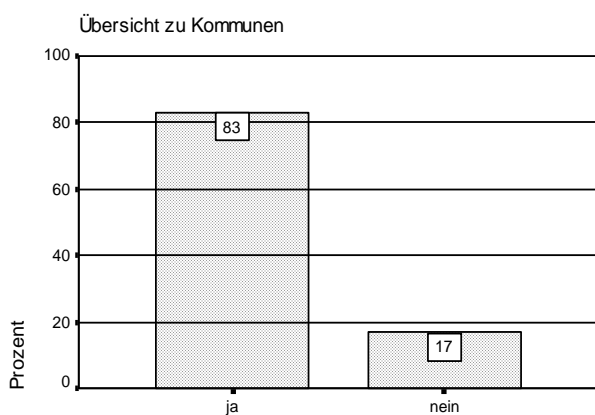
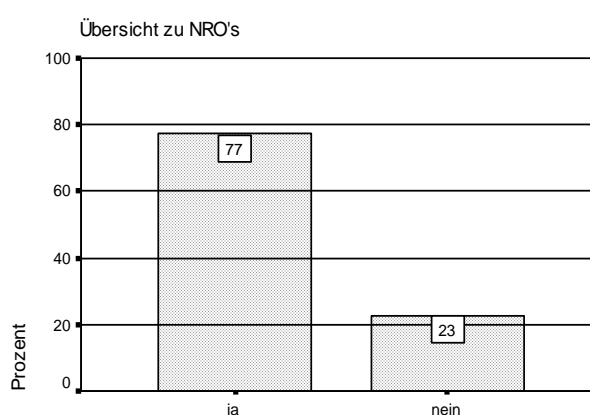


Abbildung 28

Rückkopplung zwischen  
Verwaltung und Bürgerschaft



In Kommunen werden die Aktivitäten zu 83 % zwischen Verwaltung und Bürgerschaft rückgekoppelt. In 17 % der Fälle findet keine Rückkopplung statt.

Die Nichtregierungsorganisationen betreiben eine Rückkopplung in ähnlich intensiver Form. Der Anteil liegt mit 77 % etwas niedriger. Dementsprechend liegt die Rate der Fälle ohne Rückkopplung bei 23 %.

Trotz der wenig differenzierten Antworten soll der Versuch unternommen werden, Erklärungen zu finden, weshalb keine Rückkopplung praktiziert wird. Dazu werden die Angaben zu den Hemmnissen aus der letzten Frage des Fragebogens herangezogen. Es werden aber nur die Hemmnisse herausgegriffen, die explizit für die Rückkopplung zwischen Verwaltung und Bürgerschaft von Bedeutung sein können. Hier handelt es sich um die prozentualen Angaben zum Informationsfluss, zur Organisation bzw. Planung, zur Kooperationsbereitschaft und zur Koordination.

Abbildung 29: Hemmnisse bei fehlender Rückkopplung

Hemmnisse	Gesamt (Mittelwert)	Hemmnisse bei fehlender Rückkopplung	Hemmnisse bei vorhandener Rückkopplung
Informationsfluss	2,9	2,3	3,0
Organisation / Planung	2,5	5,1	2,2
Kooperationsbereitschaft	1,9	2,8	1,9
Koordination	1,8	1,1	1,9

Die entsprechenden Daten werden zum Vergleich in Abbildung 29 gegenübergestellt. Beim Vergleich der Daten wird auch Bezug auf die allgemeinen Mittelwerte genommen.

Das größte Problem bei fehlender Rückkopplung ist die Organisation und Planung. Der Wert beträgt über 5 % und liegt somit deutlich über dem Durchschnitt (2,5 %). Befragte, die zwischen Verwal-

tung und Bürgerschaft rückkoppeln, messen der Thematik 'Organisation' mit einem Anteil von 2,2 % weit weniger hemmende Bedeutung zu. Dies zeigt, dass sich die Beteiligten durchaus eine Verbesserung hinsichtlich der Arbeitseffizienz versprechen, wenn gemeinsam geplant und organisiert wird. Gleichzeitig lässt sich an diesem relativ hohen Wert erkennen, dass hier durchaus positive Erfahrungen bestehen.

Ähnlich verhält es sich mit der 'Kooperationsbereitschaft'. Der Durchschnittswert und auch der Wert bei vorhandener Rückkopplung liegen jeweils bei 1,9 %. Im Fall der fehlenden Rückkopplung liegt der Wert mit 2,8 % höher. Rückzukoppeln ist eben ein Zeichen für ein besseres Maß der Kooperation. Diese ist bei den unterschiedlichen Gruppen und Organisationen, zwischen Politik, Bürgerschaft und Kommunalverwaltung nicht einfach vorhanden, sondern bedarf einer systematischen Planung und Organisation.

Dahingegen sind der Informationsfluss und auch die Koordination für eine fehlende Rückkopplung nicht von Bedeutung. Die Werte liegen mit 2,3 % bzw. knapp 1 % unter dem Durchschnitt und sind darüber hinaus geringer als die Angaben bei vorhandener Rückkopplung. Dies zeigt, dass bezüglich der Art der Zusammenarbeit zwischen beiden Ebenen, wie bei einem Hausbau, mit dem Fundament begonnen werden muss. Gegenseitiges Vertrauen ist das Fundament in der gemeinsamen inhaltlichen Gestaltung der Eine-Welt-Arbeit, nicht nur vor Ort.

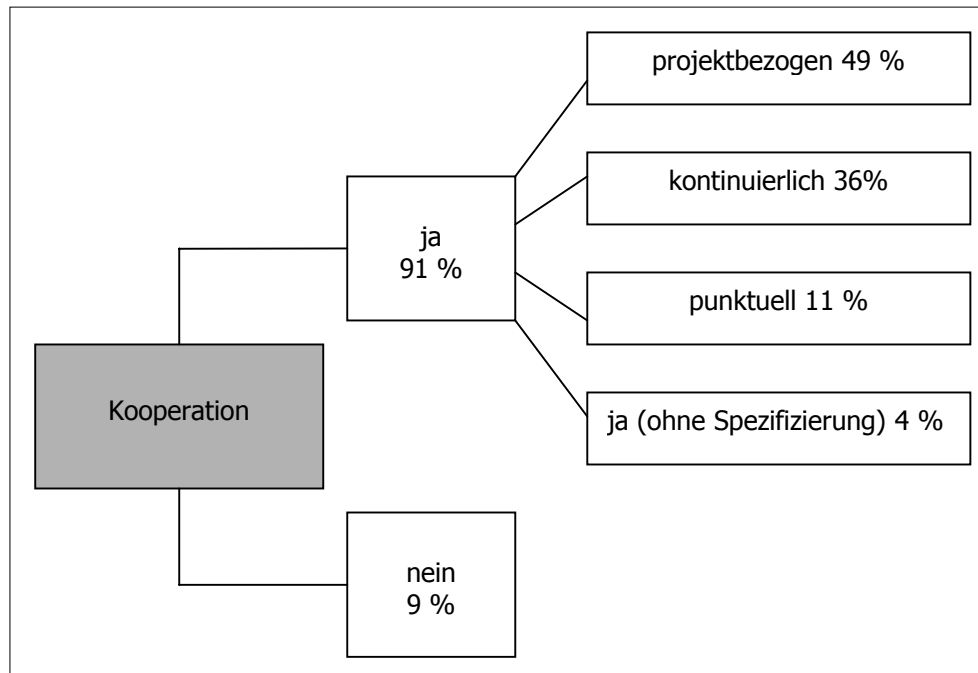
Die Rückkopplung zwischen Verwaltung und Bürgerschaft gestaltet sich schwierig, wenn die Organisation und Planung wie auch die Kooperationsbereitschaft hemmende Wirkung haben. Nicht unwesentlich wirken sich hier auch die Mängel an Ressourcen (Finanzen, Personal) aus (vgl. Kapitel 2.10 und 2.11).

## 2.9 Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren

Die Frage nach der Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren beinhaltet die nach der Vernetzung. Mit nichtstaatlichen Akteuren sind Vereine, Verbände, Gruppen, Kirche etc. gemeint. Zunächst soll ermittelt werden, ob eine Zusammenarbeit existiert. Wenn sie besteht, wird nach der Form der Kooperation gefragt.

Eine Gesamtübersicht (Abb. 30) zeigt die Gliederung bezüglich der Kooperationsformen mit nicht-staatlichen Akteuren.

**Abbildung 30: Gesamtübersicht zur Kooperation mit nichtstaatlichen Akteuren**



Die Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren steht insgesamt betrachtet eindeutig im Vordergrund. 91 % der Befragten geben an, mit nicht-staatlichen Akteuren zu kooperieren, während 9 % keinerlei Zusammenarbeit betreiben.

Knapp die Hälfte (49 %) der Kooperationen findet projektbezogen statt. Weitere 36 % bezeichnen ihre Form der Zusammenarbeit als kontinuierlich. Eine punktuelle Art der Kooperation wird ebenfalls praktiziert, findet mit einem Anteil von 11 % jedoch weniger Resonanz. Darüber hinaus wurden 4 % der positiven Angaben nicht weiter spezifiziert.

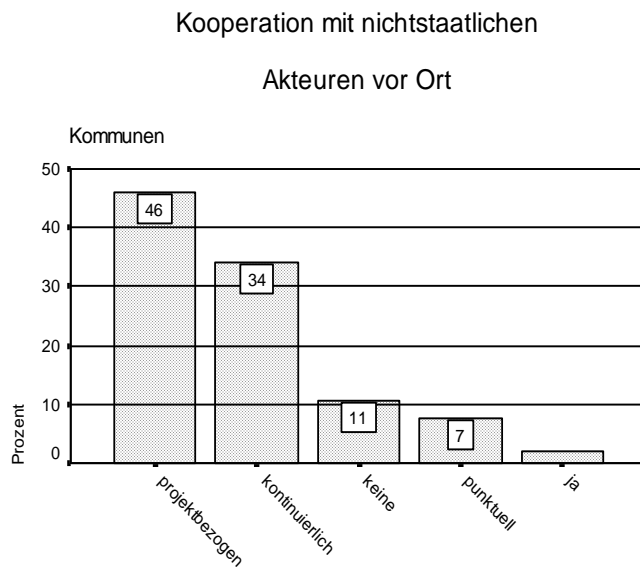
**Abbildung 31: Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren vor Ort**

Kooperationsform	Gesamt	Kommunen	NRO's
projektbezogen	45	46	43
kontinuierlich	33	34	31
punktuell	10	7	16
keine Kooperation	9	11	4
ja (ohne Spezifizierung)	3	2	6
	100%	100%	100%

Im Anschluss an die Betrachtung der Gesamtmenge aller Befragten sollen die Ergebnisse dieser Frage auch für Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt betrachtet werden.

Zunächst sind alle Daten in einer Tabelle (Abb. 31) zusammengestellt. Die prozentualen Angaben beziehen sich dort auf alle Antwortmöglichkeiten. Im Unterschied zu dem oben abgebildeten Flussdiagramm sind hier die Fälle der fehlenden Kooperation in den prozentualen Gesamtanteil der Kooperationsformen einbezogen worden.

Abbildung 32: Kooperation

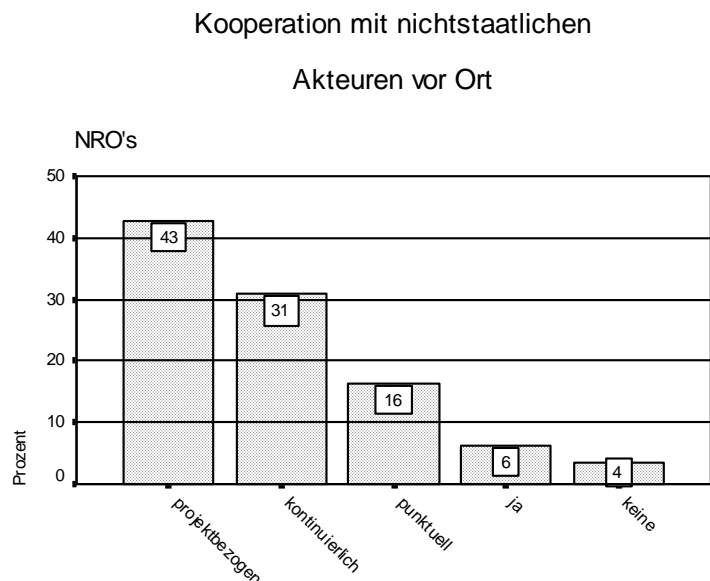


Kommunen (Abb. 32) kooperieren mit nicht-staatlichen Akteuren überwiegend auf projektbezogener Basis. Der Anteil beträgt 46 %. Als kontinuierliche Zusammenarbeit haben 34 % der Kommunen die Form der Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren eingestuft. Keine Kooperation besteht bei 11 % der Kommunen. Der Anteil von Kooperationen in punktueller Form beträgt 7 %. Nur 2 % der befragten Kommunen haben die Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren zwar bestätigt, aber keine Spezifizierung zur Form der Zusammenarbeit angegeben.

Abbildung 33:

Nichtregierungsorganisationen kooperieren (Abb. 33) vor Ort mit einem Anteil von 43 % hauptsächlich projektbezogen. Dies liegt sicher auch daran, dass besonders NRO's für die Umsetzung von Projekten gebildet werden. Die kontinuierliche Kooperationsform macht 31 % aus, während 16 % lediglich punktuell kooperieren. Keine genauere Art der Kooperation haben 6 % der Nichtregierungsorganisationen angegeben. Nur 4 % betreiben überhaupt keine Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren vor Ort.

Festzuhalten bleibt aber, dass beide befragten Gruppen einen hohen Grad der Vernetzung und Kooperation angegeben haben. Sicherlich auch ein wichtiges Ergebnis für Agenda-Aktivitäten generell, da es wegen vorhandener Erfahrungen mit Kooperationen sicher auch eine Verbesserung der Kooperation ermöglicht.

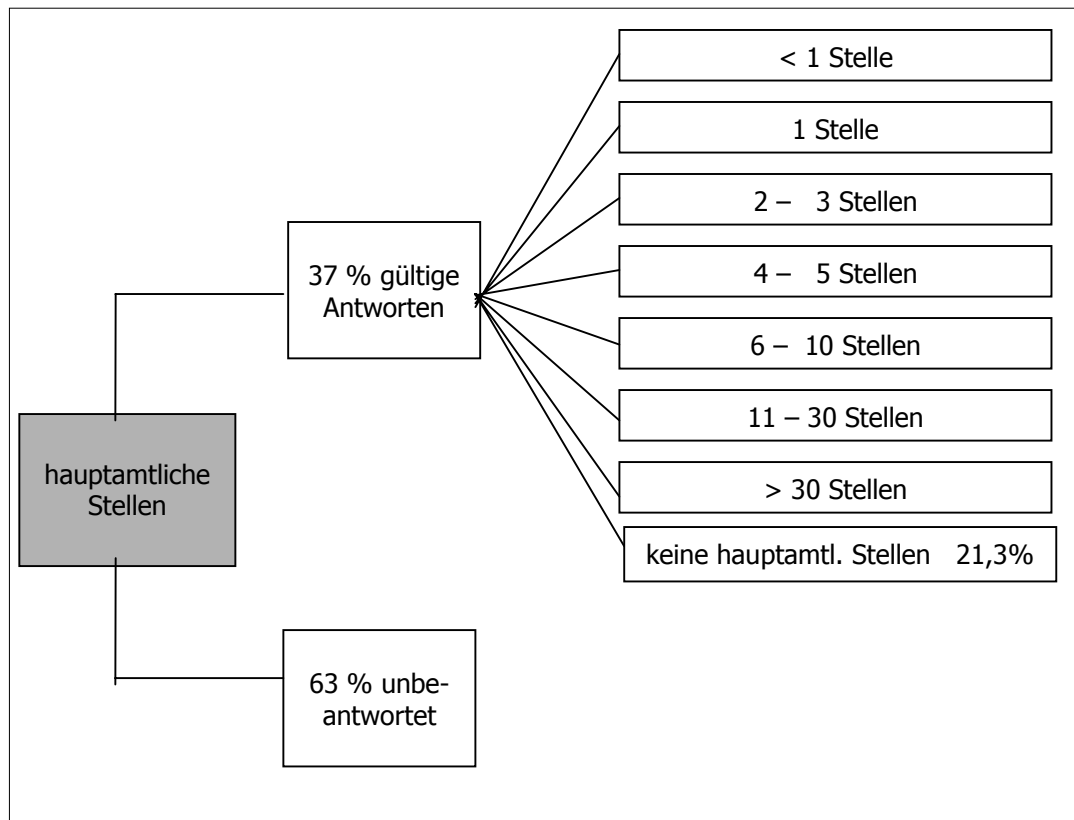


## 2.10 Zur personellen Situation

Die personellen Strukturen sind im Hinblick auf Eine-Welt-Arbeit ein sowohl spannendes als auch spannungsreiches Thema. Wie sich die Situation darstellt, ist bereits in vorhergehenden Kapiteln angeklungen. An dieser Stelle soll eine detaillierte Darstellung versucht werden.

Im Fragebogen wurde zwischen hauptamtlichen Stellen und ehrenamtlich aktiven BürgerInnen differenziert. Beide werden im Folgenden getrennt analysiert.

Abbildung 34: Gesamtübersicht hauptamtlicher Stellen in der Eine-Welt-Arbeit



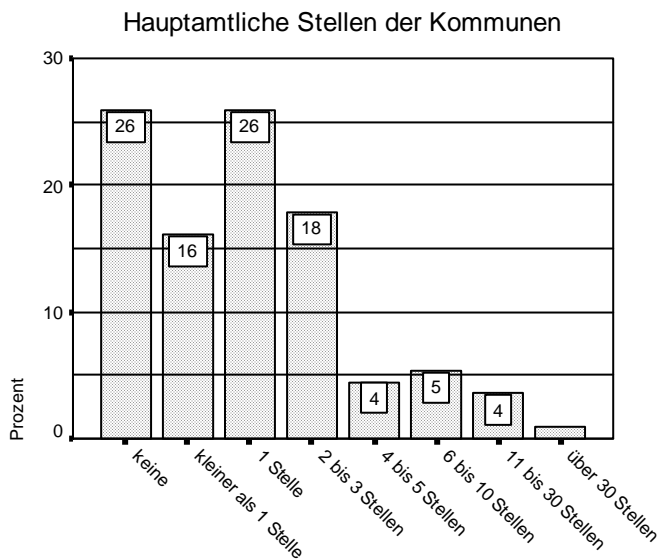
Die Frage zur Anzahl hauptamtlicher Stellen in der Eine-Welt-Arbeit ist sehr zurückhaltend beantwortet worden. Obwohl nur Informationen zur Anzahl der Stellen erbeten wurden (und nicht zu den Gehältern), haben 63 % aller Befragten keine Angaben gemacht. Möglicherweise sind die fehlenden Antworten durch Unkenntnis der genauen Stellenzahl seitens der beantwortenden Person zu erklären. Da aber gleichzeitig als ein wesentliches Hemmnis, um in dem Thema zu arbeiten, mangelnde Personalressourcen genannt wurden, ist es unverständlich, dieses Manko nicht durch entsprechende Zahlen untermauern zu können. Es könnte aber auch nur daran liegen, dass die Person, die den Fragebogen ausfüllte, diese Informationen nicht verfügbar hatte oder zur Verfügung gestellt bekam.

Die Ergebnisse beruhen daher auf lediglich 37 % gültiger Angaben. Diese wurden in Kategorien gefasst, die in der Gesamtübersicht (Abb. 34) nach steigender Anzahl der Stellen aufgezeigt werden. Begonnen wird mit '< 1 Stelle', wobei es sich um halbe Stellen, oder Stellen mit weniger als 20 Wochenstunden handelt. Des Weiteren gibt es die Kategorie 'keine hauptamtlichen Stellen'; in diesen Fällen wird Eine-Welt-Arbeit nur durch ehrenamtliche Kräfte bewerkstelligt.

Nachfolgend wird die Situation der hauptamtlichen Stellen für Kommunen und Nichtregierungsorganisationen getrennt beleuchtet.

Die Kommunen (Abb. 35) bewältigen die Eine-Welt-Arbeit mit sehr geringer Anzahl hauptamtlichen Personals. Der Anteil von Kommunen, die eine Stelle besetzen, ist mit 26 % genauso hoch, wie der Anteil von Kommunen, die ohne hauptamtliches Personal arbeiten. Ebenfalls 26 % betreiben Eine-Welt-Arbeit nur mit ehrenamtlich aktiven Bürgern. 18 % haben zwei bis drei Stellen eingerichtet, während 16 % mit Personal arbeiten, das weniger als eine Stelle ausfüllt.

Abbildung 35: Hauptamtliche Stellen (Kommunen)

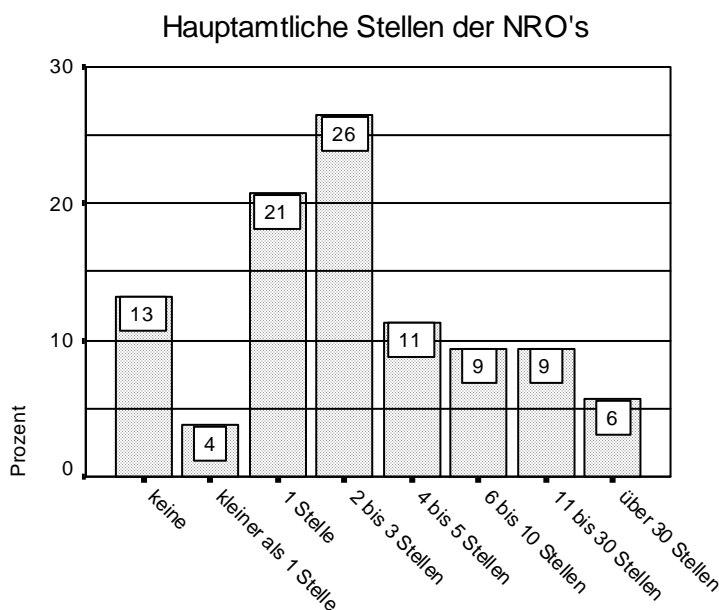


Der Anteil ab vier Stellen liegt für die jeweiligen Kategorien bei oder unter 5 %.

Bei den Nichtregierungsorganisationen gestaltet sich die Situation hauptamtlich Beschäftigter etwas besser (Abb. 36). Den größten Anteil machen zwei bis drei Stellen mit 26 % aus. Eine hauptamtliche Stelle ist zu 21 % besetzt, während der Anteil von NRO's, die nur mit Ehrenamtlichen arbeiten bei 13 % liegt. Die prozentuale Verteilung der Organisationen, die vier bis 30 hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigen, bewegt sich zwischen 9 % und

11 %. Aber auch mehr als 30 Hauptamtliche haben noch einen Anteil von 6 %. Lediglich 4 % weisen Stellen aus, die kleiner als eine Vollzeitstelle sind.

Abbildung 36: Hauptamtliche Stelle (NRO's)



Im Vergleich von Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zeigt sich, dass den Kommunen weniger hauptamtliche Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Der Anteil von einer Stelle ist dort genauso hoch wie bei Kommunen, die nur mit Ehrenamtlichen arbeiten.

Nichtregierungsorganisationen bestreiten ihre Eine-Welt-Arbeit mit einer höheren Anzahl an hauptamtlichem Personal.

Nachfolgend werden die Zahlen des ehrenamtlichen Engagements, ebenfalls für

Kommunen und Nichtregierungsorganisationen, getrennt aufgezeigt.

In der Gesamtübersicht (Abb. 37) wird deutlich, dass auch bei der Frage zum ehrenamtlichen Engagement der Bürger häufig keine Angaben gemacht werden konnten. Mit 54 %



haben etwas mehr als die Hälfte der Befragten keine Zahlen der ehrenamtlich Aktiven angegeben.

Abbildung 37: Gesamtübersicht ehrenamtlich Aktiver in der Eine-Welt-Arbeit

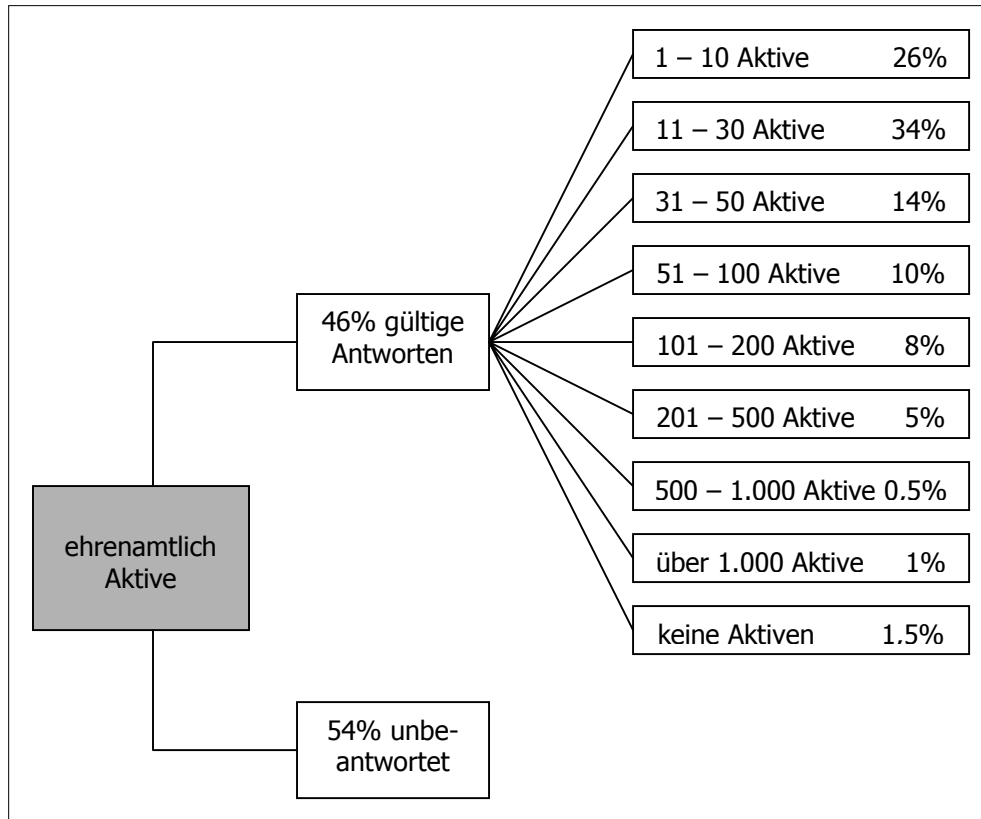


Abbildung 38: Ehrenamtlich Aktive (Kommunen)

In 30 % der Kommunen, die den Fragebogen beantwortet haben, stehen 11-30 ehrenamtlich Aktive zur Verfügung (Abb. 38). Mit 28 % ist der Anteil von 1-10 Aktiven fast genauso hoch. Mit steigender Anzahl der ehrenamtlichen Bürger sinkt der prozentuale Anteil. Keine ehrenamtlich Aktiven sind aber dennoch mit 1,5 % vertreten. In diesen Kommunen wird nur mit hauptamtlichem Personal gearbeitet. Abschließend bleibt noch der beachtliche Anteil ehrenamtlich Aktiver hervorzuheben.

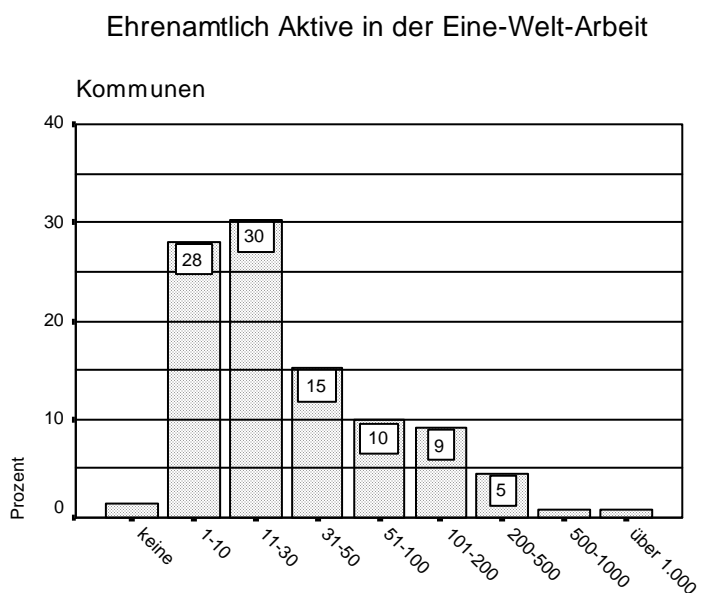
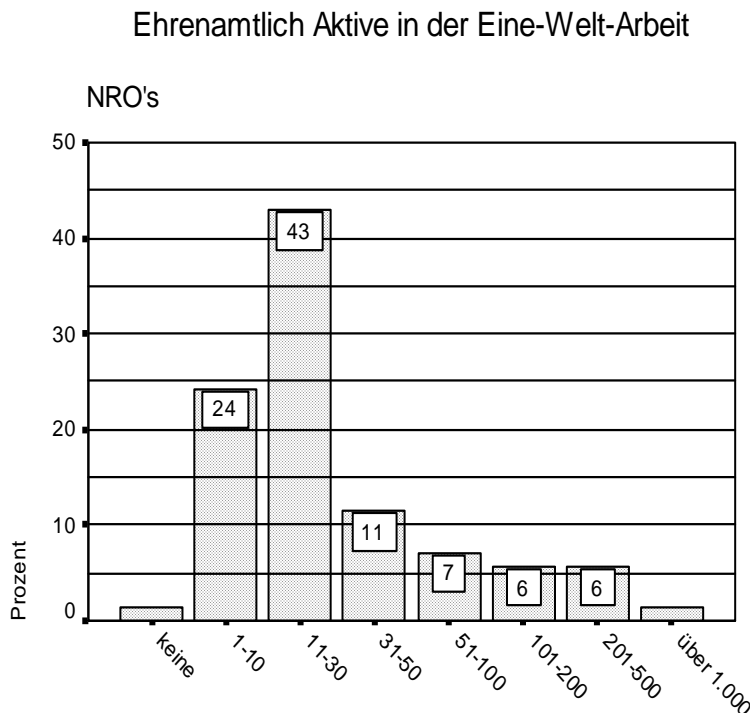


Abbildung 39: Ehrenamtlich Aktive (NRO's)



Die Situation der ehrenamtlich Engagierten gestaltet sich bei NRO's sehr ähnlich (Abb. 39). Auch hier wird der Hauptanteil von 11-30 Personen mit 43 % angegeben. 24 % arbeiten mit 1-10 Ehrenamtlichen.

Die Prozentwerte sinken ebenfalls mit steigender Zahl Ehrenamtlicher. Gar kein ehrenamtliches Engagement besteht bei 1,4 % der NRO's.

Anhand der Ansprechpartner (Abb. 40), die den Fragebogen ausgefüllt haben, kann man Rückschlüsse auf die geschlechtliche Verteilung des Personals ziehen.

Abbildung 40

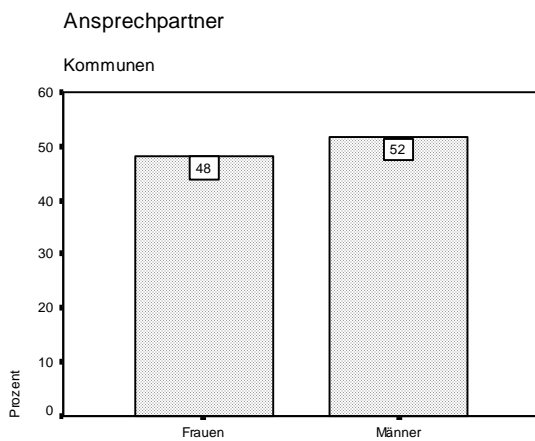
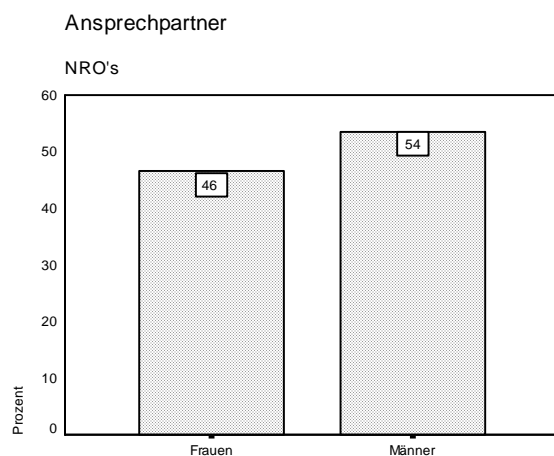


Abbildung 41



Für den Kommunalen Bereich haben in 48 % der Fälle Frauen den Fragebogen beantwortet. Der Anteil der Männer liegt mit 52 % knapp über der Hälfte.

Bei den Nichtregierungsorganisationen (Abb. 41) haben ähnlich viele Frauen den Fragebogen bearbeitet. Ihr Anteil beträgt 46 %, während Männer einen Anteil von 54 % ausmachen.

Bei der Darstellung zu den Hemmnissen in der Eine-Welt-Arbeit wurde bereits deutlich, dass die personelle Situation sowohl der Kommunen, als auch der Nichtregierungsorganisationen ein Haupthemmnis darstellt. Zu jeweils hohen Prozentanteilen (63 % bzw. 54 %) ist die Frage nach der Anzahl der haupt- und ehrenamtlichen Stellen im Fragebogen jedoch unbeantwortet geblieben. Hier soll nun untersucht werden, ob zwischen beiden Fragen ein Zusammenhang besteht. Gibt es Fragebögen in denen keine Angaben zum Perso-

nal gemacht wurden, obwohl es bei den Hemmnissen als Problem angegeben wurde? Tatsächlich wird bei 54,4 % der Befragten 'Personal' als Hemmnis angegeben, ohne jedoch die Frage zum Personal zu beantworten. Handelt es sich hier nicht um einen Widerspruch? Warum, wird Personal als Hemmnis angegeben, wenn kein Überblick über die tatsächliche personelle Situation besteht? Es kann darüber nur spekuliert werden. Sicher ist es kein Problem, ein Kreuzchen hier zu machen. Dann hätte es aber nur bestätigt, was allgemein als Problem anerkannt und bekannt ist. Ob das Problem zutrifft, ist so nicht bestätigt und damit in dieser Umfrage auch nicht ermittelt.

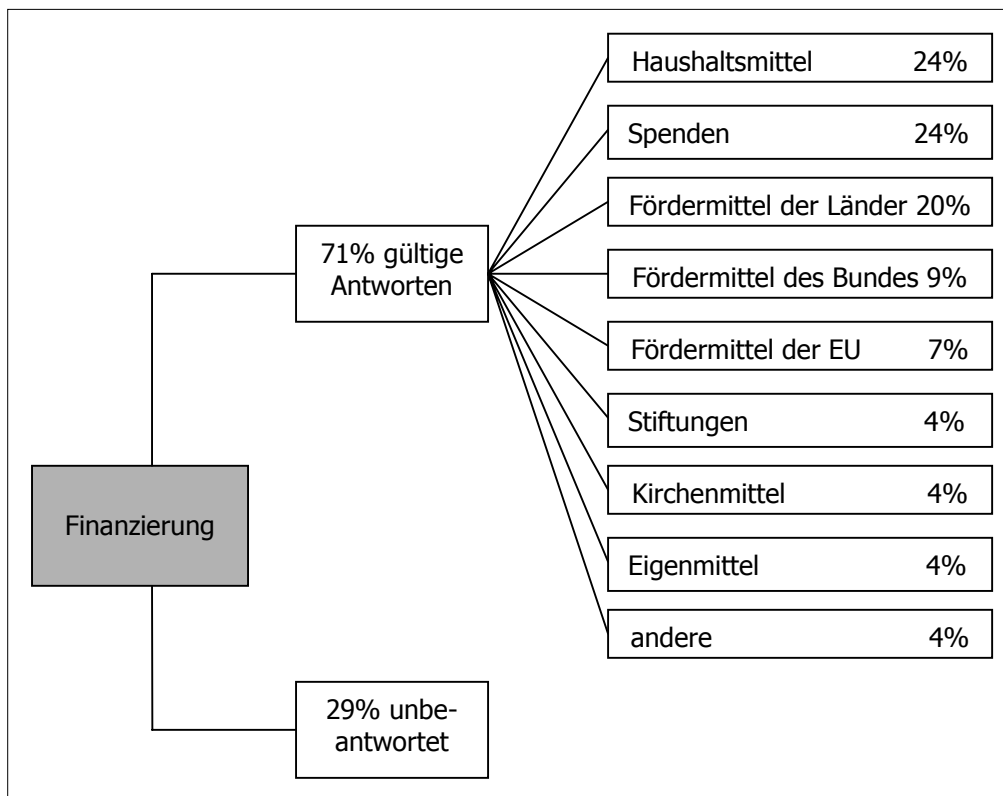
## 2.11 Zur finanzieller Situation

Die Frage nach den Mitteln zur Finanzierung der Eine-Welt-Arbeit unterscheidet acht Finanzquellen. Diese vorgegebenen Kategorien konnten im Fragebogen erweitert werden. Im Feld 'andere' war bei Bedarf eine Bezeichnung weiterer Quellen möglich. Aus den Antworten der Fragebögen geht hervor, dass es sich bei 'andere' häufig um Lottereeinnahmen handelt.

Es ist lediglich die Art der Finanzierungsquellen erfragt worden. Durch die Frage sollten keine Informationen über die Intervalle, in denen die Finanzierungsmittel bezogen werden, oder über deren Höhe ermittelt werden. Somit beziehen sich die Daten nur auf die Herkunft der Gelder.

Obwohl die Frage nach den Finanzmitteln ausschließlich auf die Art der Quellen ausgerichtet ist, wurde sie nur sehr verhalten beantwortet. 29 % der Fragebögen, die in der Servicestelle eingegangen sind, lassen die Frage nach der Finanzierung gänzlich unbeantwortet (Abb. 42). Alle folgenden Angaben beruhen daher nur auf 2/3 der insgesamt beantworteten Fragebogen (besser als in Kapitel 2.10).

Abbildung 42: Gesamtübersicht der Angaben zu Finanzierungsquellen



Hier gilt, was unter dem Kapitel 2.10 ausgeführt wurde: Wenn gleichzeitig zu Personal ein Grundhemmnis fehlende finanzielle Ressourcen sind, dann sollte eigentlich eine Frage nach der Quelle der Mittel beantwortet werden.

Haushaltsmittel und Spenden stellen zu gleichen Anteilen von je 24 % die bedeutendsten Finanzierungsquellen dar. Auch den Fördermitteln der Länder (20 %) kommt eine hohe Bedeutung zu. Die Gelder des Bundes (9 %) und der Europäischen Union (7 %) fallen weniger stark ins Gewicht. Der Anteil aller anderen Finanzierungsmittel beträgt weniger als 5 %. Dazu gehören Stiftungsgelder, Kirchenmittel, Eigenmittel und andere Mittel, die im Fragebogen nicht genauer spezifiziert wurden oder die keiner der anderen Kategorien zugeordnet werden konnten.

In der vergleichenden Übersicht der in Anspruch genommenen Finanzierungsmittel (Abb. 43) werden die Unterschiede zwischen Kommunen und Nichtregierungsorganisationen deutlich.

**Abbildung 43: Finanzierungsmittel**  
Übersicht mit prozentualer Verteilung

Finanzierungsquelle	Gesamt	Kommunen	NRO's
Haushaltsmittel	24,3	31,8	15,3
Spenden	24,3	24,3	24,4
Fördermittel der Länder	20,0	19,9	20,0
Fördermittel des Bundes	8,5	4,6	13,3
Fördermittel der EU	6,9	6,2	7,5
Stiftungen	4,2	3,3	5,3
Eigenmittel (Beiträge, Einnahmen, etc.)	4,0	4,0	4,2
andere	4,0	3,3	5,0
Kirchenmittel	3,8	2,6	5,0
	100 %	100 %	100 %

Kommunen finanzieren sich im Vergleich zu Nichtregierungsorganisationen stärker durch Haushaltsmittel. Diese machen hier den größten Anteil (32 %) aus, während Nichtregierungsorganisationen sich hauptsächlich durch Spenden (24 %) finanzieren. Spenden spielen aber auch bei den Kommunen mit einem Anteil von 24 % eine große Rolle.

Die Fördermittel der Länder werden sowohl

bei den Kommunen als auch bei den Nichtregierungsorganisationen zu gut 20 % als Quelle benannt.

Ein größerer Unterschied besteht in Bezug auf Fördermittel des Bundes. Bei Kommunen betragen sie 5 %, während der Anteil der Nichtregierungsorganisationen bei 13 % liegt. Hier bietet sich auch durch das spezifische Thema eine besondere Förderung des Bundesumweltministeriums und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an. Beide gewähren in speziellen Förderschienen Stadtverwaltungen keine direkten Zuschüsse, sondern geben Vereinen vor Ort Mittel.

Stiftungen und Kirchenmittel werden im Vergleich von Nichtregierungsorganisationen etwas mehr beansprucht.

Im Vergleich wird deutlich, dass die Finanzierung sowohl der Kommunen als auch der Nichtregierungsorganisationen zu großen Teilen aus den gleichen Finanzquellen bezogen wird. Vor allen Dingen Spenden und Fördermittel der Länder stellen für beide Gruppen wichtige Quellen der Finanzierung dar.

Die Finanzierung wurde von den Befragten als ein Haupthemmnis in der Eine-Welt-Arbeit eingestuft. Bei 29 % der Fragebögen blieb die Frage zur Finanzierung unbeantwortet. An dieser Stelle soll, wie bei der Diskussion des Personals, ebenfalls untersucht werden, ob ein Zusammenhang zwischen beiden Komponenten besteht. Gibt es Fragebögen, bei denen Finanzierung als Hemmnis angegeben wurde, ohne weitere Angaben zur Art der bezogenen Finanzierungsmittel zu machen? Es stellt sich heraus, dass auch hier dieses Hemmnis genannt wurde (15,5 % sagten dies und bezeichneten gleichzeitig keine Finanzierungsquelle). Es ist schwer zu glauben, das hier inhaltlich ohne jede Finanzquelle gearbeitet wird.

Die folgende Tabelle (Abb. 44) gibt eine Übersicht zu den Fördermitteln, die bezogen werden, wenn die Finanzierung im Fragebogen als Hemmnis angegeben wurde.

Zunächst wird die prozentuale Verteilung der Fördermittel erläutert. In welchem Ausmaß werden sie bezogen? Anschließend wird das Verhältnis der Fördermittel untereinander beschrieben.

Abbildung 44: Abgleich der Fördermittel

Fördermittel	Gesamt			Kommunen			NRO's		
	werden bezogen	werden <i>nicht</i> bezogen	fehlende Angabe	werden bezogen	werden <i>nicht</i> bezogen	fehlende Angabe	werden bezogen	werden <i>nicht</i> bezogen	fehlende Angabe
der EU	18,6	66,3	15,1	13,6	66,7	19,8	26,9	66,7	6,4
des Bundes	22,1	62,8	15,1	10,5	69,8	19,8	41,9	51,6	6,4
der Länder	46,5	38,4	15,1	39,5	40,7	19,8	58,1	35,5	6,4

Kommunen mit Finanzierungshemmnis beziehen zu 13,6 % Fördermittel der EU, zu 10,5 % Fördermittel des Bundes und zu 39,5 % Fördermittel der Länder. Der größte Anteil von Fördermitteln kommt aus den Ländern. Die Prozentwerte von den Fördermitteln der EU und vom Bund fallen eher gering aus. Hier besteht also noch Potenzial, die Finanzierung auszuweiten und dadurch das Hemmnis der Finanzierung zu mindern. Gleichzeitig steht angesichts der Haushaltslage der Länder zu befürchten, dass erhebliche Folgen auf die Eine-Welt- und Agenda 21-Arbeiten zu erwarten sind.

Auch Nichtregierungsorganisationen betrachten die Form der Finanzierung als ein Hemmnis. Die prozentuale Verteilung der bezogenen Fördermittel gestaltet sich folgendermaßen: 26,9 % erhalten Fördermittel der EU. zu fast 42 % werden Fördermittel vom Bund bezogen, während gut 58 % Fördermittel der Länder erhalten.

Im Vergleich beziehen Kommunen Fördermittel Dritter mit viel geringeren Prozentanteilen als die Nichtregierungsorganisationen. Letztere scheinen die Förderpotenziale zum einen besser auszuschöpfen und sind zum anderen Mangels eigener sonstiger Einnahmen wohl eher auf diese Unterstützung angewiesen.

### 3. Zusammenfassung

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat mit ihrer ersten Umfrage „Globales Handeln lokal verankern“ erstmals eine Bestandsaufnahme zur Eine-Welt-Arbeit im Bundesgebiet vorgelegt. Dabei sind zwei zentrale Akteure kommunaler Eine-Welt-Arbeit und Lokale Agenda 21-Aktivitäten befragt worden: Kommunalverwaltungen und Nichtregierungsorganisationen.

Die Rücklaufquote der Umfrage beträgt 23 %. Aus Kommunen kamen die meisten Antworten: 72 % aller zurückgesendeten Fragebögen wurden von ihnen beantwortet, während Nichtregierungsorganisationen mit einem Anteil von 23 % beteiligt sind. Dies liegt auch daran, dass Kommunen der überwiegende Teil der Fragebögen zugesendet wurde.

Die Eine-Welt-Arbeit gestaltet sich sehr vielfältig. Während Kommunen besonders auf den Gebieten fairer Handel, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und Städtepartnerschaften aktiv sind, setzen Nichtregierungsorganisationen verstärkt auf Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Auch der faire Handel spielt eine große Rolle, wird aber etwas weniger intensiv betrieben, als bei den Kommunen. Diese arbeiten stark im Bereich der Städtepartnerschaften, während Nichtregierungsorganisationen auf Projektpartnerschaften setzen.

In der Eine-Welt-Arbeit treten verschiedene Hemmnisse auf. Aus dem Fragebogen kristallisierten sich vier Schwerpunkte heraus. Beide Befragtengruppen weisen dabei große Parallelen auf. Die Situation des Personals und die finanzielle Ausstattung werden als stärkste Hindernisse benannt. Die BürgerInnenbeteiligung bzw. Motivation und politische Unterstützung lassen, nach Meinung der Befragten, ebenfalls zu wünschen übrig.

Die Erweiterung bestehender Projekte wird unmittelbar durch diese Hemmnisse beeinflusst. Sowohl bei Kommunen als auch bei Nichtregierungsorganisationen überwiegen die Fälle, die eine Erweiterung nicht vorgesehen haben. Mangelnde Ressourcen, fehlende Finanzierung und zu wenig Personal bilden den Hauptgrund dafür.

Dagegen gestaltet sich das Thema Vernetzung sehr positiv. Kommunen arbeiten zu 78 % und Nichtregierungsorganisationen sogar zu 94 % vernetzt. Beide Gruppen von Befragten sind bei den entwicklungspolitischen Landesnetzwerken eingebunden. Kommunen vernetzen sich auch besonders stark auf kommunaler Ebene. Nichtregierungsorganisationen arbeiten auf Bundesebene und im kommunalen Bereich fast zu gleichen Anteilen vernetzt.

Auch die Kooperation mit nicht-staatlichen Akteuren wird groß geschrieben. Dabei kooperieren Kommunen und Nichtregierungsorganisationen in erster Linie auf projektbezogener Basis.

Ein bürgerorientiertes Arbeiten durch Rückkopplung zwischen Verwaltung und Bürgerschaft wird von Kommunen zu 83 % und von Nichtregierungsorganisationen zu 77 % betrieben. Sie gestaltet sich jedoch schwierig, wenn Organisation bzw. Planung wie auch Kooperationsbereitschaft hemmende Wirkung haben.

Die personelle Situation und die Finanzierung sind als stärkste Hemmnisse der Eine-Welt-Arbeit benannt worden. Bei der Umfrage war es jedoch schwierig, zu diesen beiden Bereichen Informationen zu erhalten. Die Fragen sind nur sehr zurückhaltend beantwortet worden. Ohne weiter ins Detail zu gehen, wurde lediglich nach der Zahl der Stellen bzw. nach der Art der Finanzierungsquellen gefragt. Überraschenderweise wurden beide Bereiche häufig als Hemmnis angegeben, obwohl keine genaueren Angaben darüber gemacht werden konnten.

Aus den Ergebnissen leiten wir zunächst folgende Handlungsempfehlungen ab:

- Kommunalverwaltungen und Nichtregierungsorganisationen sollten über die Möglichkeiten und die Ausgestaltung von Netzwerken informiert werden. Nach den Ergebnissen der Umfrage vermuten wir, dass Unklarheiten darüber bestehen, was Netzwerke sind. Potenziale der Netzwerke, die beide Ebenen auch in spezifischen Prägungen haben, sollten ermittelt und als Chancen zur Stärkung der Zusammenarbeit vor Ort wahrgenommen werden.
- Hinsichtlich der Wahrnehmung der Themenstellungen Eine-Welt-Arbeit und Lokale Agenda 21 wäre es sicherlich von Bedeutung, innovative Aktionsformen zu suchen. Erlebnisorientierte Aktionen sind in unserer modernen Gesellschaft wichtig geworden, kommen aber in den kommunalen Eine-Welt-Aktivitäten zu selten vor. Durch entsprechende Angebote sollten Möglichkeiten verstärkt werden, sowohl für sich als Organisator als auch für die Kunden Konzepte der inhaltlichen Arbeit und der angewendeten Aktionsformen zu überprüfen und erlebnisorientierter zu gestalten.
- Beim Abbau von Kooperationshemmnissen ist es wichtig, Erfahrungen in der Organisation und Planung von Beteiligungsprozessen bei der Projektarbeit zu vermitteln. Dies könnte die bestehenden Vermittlungsprobleme der mit der Befragung abgerufenen Themenstellungen bei diesen durchaus komplexen Prozessen zwischen Verwaltung und Politik minimieren und Erfolge optimieren helfen.
- Der Zugang zu Fördermitteln ist für Kommunen und Nichtregierungsorganisationen eine inhaltliche und zeitliche Herausforderung. Hier wären handhabbarere Informationen (z.B. ein zielgruppenspezifischer Ratgeber) hilfreich. Die Servicestelle erarbeitet hierzu eine neue Informationsquelle.
- Beide Akteursebenen haben Handlungs- und Erfahrungsschwerpunkte. Das gegenseitige Wissen darüber ist lokal in Teilen aber nur schwach vorhanden. Hier ist es sicherlich wichtig, mit geeigneten Fortbildungsprogrammen sowohl das gegenseitige Verständnis zu erhöhen als auch den lokal gewinnbaren Nutzen zu erhöhen.
- Abschließend lässt sich sagen, dass beide Akteursgruppen, die in dieser Befragung erstmals mit einem einheitlichen Fragebogen befragt wurden, die in Teilen erlebbaren "Berührungspunkte" ablegen müssten, um auch in Zeiten knapper Ressourcen inhaltlich erfolgreich und wirksam agieren zu können für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Neue Kooperationen bringen die kommunale Entwicklungszusammenarbeit durch erfolgreiche Beispiele und Projekte vor Ort voran.
- Möglichkeiten der Verankerung der Themenstellungen in kommunale Pflichtaufgaben: kommunale Entwicklungszusammenarbeit, bürgerschaftliches Engagement etc. sollten insbesondere in den kommunalen Aufgabenfeldern Eingang finden, die nicht sogenannte "freiwillige Leistungen" darstellen. Dies war eines der Resultate aus den ersten Umfrageergebnissen. Daher untersucht die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt durch das Deutsche Institut für Urbanistik diese und weitere Fragestellungen in einer "Handlungsfeldstudie" im Jahre 2003.



## Publikationen

*Die hier aufgeführten Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden. Einige Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.*

### Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002.
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Ergebnisse und Auswertung der Befragung 2002 zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003.

### Material der Servicestelle

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch.
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call.
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002.

### Publikationen der Servicestelle:

- Konzeption der Servicestelle [derzeit vergriffen]
- Profil der Servicestelle (in Englisch und Deutsch verfügbar)
- Kurzprofil der Servicestelle (in Englisch und Deutsch verfügbar)
- Dokumentation "Petersberger Gespräch" am 18.06.2002 (in Englisch und Deutsch verfügbar)
- Pressespiegel der Servicestelle (laufend)
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch)

### Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, 2002.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen **\*\*\*Eine-Welt-Nachrichten\*\*\*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

## Über uns

SERVICESTELLE ●  
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

*Eine Welt beginnt vor Ort – Kommunen sind der Prüfstein für Modelle zukunftsfähiger Entwicklung.*

### Nutzenargumente:

- *Vor Ort erleben wir die Vielfalt der Nationen und Kulturen direkt –*

Kommunen befördern die interkulturelle Neugier ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Kriminalitätsrate sinkt und die Bereitschaft zur Toleranz und sozialem Zusammenwachsen steigt.

- *Die aktive Bürgerkommune braucht neue Beteiligungsformen –*

Die vielfältigen Kontakte in die Eine Welt ermöglichen neue Lerngemeinschaften für konkrete kommunale Probleme bei allen Beteiligten. Sie erweitern die Lösungskompetenz von Bürgern und Verwaltung.

- *Allein wirtschaftliche Globalisierung schafft keine Sicherheit und Identität –*

Kommunen leisten Beiträge für global gerechteres Wirtschaften in der Stärkung des regionalen Handels und des fairen Einkaufens von Produkten, die in unseren Breiten nicht wachsen: Kaffee, Tee, Kakao, Bananen, Gewürze. Das schafft mehr Lebensqualität hier und behebt Fluchtursachen in den Ländern des Südens.

- *Ein neues Wir-Gefühl entwickelt sich –*

Es sind die Menschen, die in ihren Kommunen konkrete Beiträge für eine global gerechtere Entwicklung leisten: In Städtepartnerschaften und Projektkooperationen, im Klimabündnis oder der Unterstützung fairer Handelsstrukturen. So entsteht ein globales Netz kommunaler Akteure.

### Unsere Serviceleistungen:

#### Information –

- internetgestützter Informationspool, Links, Veranstaltungshinweise, interaktive Diskussionsforen
- Eine-Welt-Nachrichten per E-Mail
- Datenbank zu guten Beispielen aus Kommunen
- Ratgeber Finanzierungshilfen (EU, Bund, Länder, Stiftungen etc.)
- Argumentationshilfen für die Kommunalpolitik
- Öffentlichkeits- und Pressearbeit zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

#### Beratung –

- Telefonische Auskunft und Beratung vor Ort (mit Partnern)
- Beratung im Projektmanagement und Kampagnengestaltung
- Vermittlung von ExpertInnen, ReferentInnen und Moderatoren
- Förderung internationaler Agenda-Partnerschaften

#### Qualifizierung –

- Fortbildung für Kommunalverwaltungen und Agenda-Aktive
- Workshops und Fachgespräche zu Eine-Welt-Themen und -Kampagnen
- Multiplikatoren-Schulung für ehren- und hauptamtliche MitarbeiterInnen
- Moderatorentaining mit erfahrenen Agenda-MediatorInnen

## **InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH**

Neue Gesellschaft ging hervor aus Carl Duisberg Gesellschaft  
und Deutscher Stiftung für internationale Entwicklung

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH ist eine Organisation für internationale Personalentwicklung, Weiterbildung und Dialog. Im Jahr 2002 hervorgegangen aus der Fusion von Carl Duisberg Gesellschaft e.V. und Deutscher Stiftung für internationale Entwicklung baut sie auf deren jahrzehntelanger Erfahrung in der weltweiten Zusammenarbeit auf. Ihre internationalen Trainings- und Dialogprogramme richten sich an Fach- und Führungskräfte sowie Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft aus aller Welt.

Mit ihren Bildungs-, Austausch- und Dialogprogrammen für jährlich rund 35.000 Menschen ist InWEnt *die* große Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Wirtschaft für weltweite Bildung und Zusammenarbeit. Sie zählt in ihren Zentralen in Bonn und Köln und an über 30 weiteren Standorten im In- und Ausland etwa 900 Mitarbeiter und verfügt über ein Finanzvolumen von rund 130 Mio. Euro. Hauptgesellschafter ist die Bundesregierung, wichtigster Auftraggeber das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Geschäftsfelder der InWEnt sind:

- Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern,
- internationale berufliche Qualifizierung von Nachwuchs-, Fach- und Führungskräften aus Deutschland, anderen Industrie- sowie Transformationsländern,
- internationaler Erfahrungsaustausch und Dialog,
- Politikdialog mit internationalen Organisationen.
- entwicklungsbezogene Bildungs- und Informationsarbeit in Deutschland,
- Vorbereitung von Fachkräften der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung  
gGmbH  
Tulpenfeld 5  
D 53113 Bonn  
Tel. ++49 (0)228/24 34-5  
Fax ++49 (0)228/24 34-766  
[www.inwent.org](http://www.inwent.org)



Die Servicestelle wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und der Stadt Bonn.

Unter Mitwirkung von Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V., Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e. V. und Agenda-Transfer NRW.